



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Daniel Rügger begrüsst die Anwesenden und für einmal besonders die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, denen er bereits jetzt für eine objektive Berichterstattung danke, zur 4. Sitzung dieses Jahres. Die heutige Traktandenliste umfasse ganze 23 Geschäfte, wovon 15 parlamentarische Vorstösse seien. Mit einem gewissem Stolz könne vermerkt werden, dass die Politikerinnen und Politiker regen Anteil an der Entwicklung der Stadt nehmen würden, und trotzdem erlaube er sich, sich zu zwei Punkten zu äussern:

1. Manchmal könnte der Inhalt oder die Frage eines Vorstosses mit einem Telefonat an die zuständige und verantwortliche Person in der Stadtverwaltung erledigt werden.
2. Die Behandlung bzw. die Abklärung von Vorstössen beanspruche zeitliche und personelle Kapazitäten. Dass diese nicht gratis seien und eine andere Priorisierung der Arbeiten in der Verwaltung bedinge, sei sicher allen klar.

Mit diesen beiden Feststellungen wolle er dem Rat in keiner Weise eine Fessel verpassen, aber doch dazu aufrufen, die Einreichung von Vorstössen unter diesen Aspekten kritisch zu hinterfragen.

Die heutige Sitzung erfordere Ausdauer. Aufgrund der erwarteten Sitzungslänge habe er vorgesehen, um zirka 21.00 Uhr eine Pause einzulegen, um sich kurz zu erfrischen. Er freue sich auf eine interessante Sitzung und danke allen für ihren Beitrag zur speditiven Abwicklung.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **35** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.¹
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zu den Traktanden Nrn. 1 - 4 sind **35**, zum Traktandum Nr. 5 sind **36** und ab Traktandum Nr. 6 sind **35** Stadträtinnen und Stadträte anwesend



1. Gemeinderechnungen für das Jahr 2008; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Rügger legt den Ablauf der Detailberatung fest:

- A Berichterstattung des Gemeinderats, anschliessend Wortmeldungen der vorberatenden Behörde, der Fraktionssprechenden und der Einzelvotanten
- B Beratung der Rechnung im Detail
- C Beratung der Revisionsberichte

A Berichterstattung des Gemeinderats, anschliessend Wortmeldungen der vorberatenden Behörde, der Fraktionssprechenden und der Einzelvotanten

Gemeinderat Jürg Häusler: Wenn man auch in letzter Zeit nicht mit positiven Meldungen aus der Finanzwelt überhäuft worden sei, so dürfe wenigstens die Stadt Langenthal positiv über ihren Finanzbereich berichten. Das ganze Rechnungsverfahren stelle immer eine grosse und komplexe Übungsanlage dar über die bereits auf verschiedenen Plattformen gesprochen worden sei. An dieser Stelle gebühre dem Finanzverwalter Herrn René Hubacher und seinem Team bester Dank für die grosse Arbeit.

Die Präsentation der definitiven Rechnung 2008 beginne mit dem Hinweis auf die gemeinderätlichen Zielsetzungen, welche für die ganze Budgetierungsphase Gültigkeit hätten, und die sich nach der Finanzstrategie, die nach dem Eingang des onyx-Geldes erstellt worden sei, richte.

Die Rechnung 2008 präsentiere sich zusammengefasst wie folgt:

stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

Zielsetzung des Gemeinderates

- Finanzierung der Konsumausgaben durch Steuereinnahmen im bisherigen Rahmen
- Ausgegliche Jahresrechnungen bezogen auf die bisherigen Investitionsquoten (Fr. 4 Mio./Jahr)
- Zusätzliche Investitionen über Fr. 4 Mio. (Erneuerung bestehende Infrastruktur) werden im entsprechenden Jahr **vollständig abgeschrieben** (übrige Abschreibungen) => Aufwandüberschuss

Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

Voranschlag 2008: Aufwandüberschuss	4.0 Mio
./ Übrige Abschreibungen	<u>3.4 Mio</u>
Aufwandüberschuss ohne zusätzliche Investitionen/Abschreibungen	0.6 Mio

Stadtrat vom 29. Juni 2009

Die Finanzierung der Konsumausgaben über die Steuereinnahmen solle im bisherigen Rahmen passieren. Der Gemeinderat wolle eine ausgeglichene Rechnung. Bezogen auf die bisherige Investitionsquote von Fr. 4 Mio. pro Jahr und die zusätzlichen Investitionen, die direkt im entsprechenden Jahr abgeschrieben würden, resultiere logischerweise aber ein Aufwandüberschuss.

Bei einer Steueranlage von 1,48 habe der Voranschlag 2008 ein Defizit von Fr. 4'019'000.00 vorgesehen. Wenn die übrigen Abschreibungen ausser Acht gelassen würden, resultiere ein Aufwandüberschuss von Fr. 600'000.00.



stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

Rechnungsergebnis ausgewiesen **9.060 Mio**

Geprägt durch folgende Faktoren

- **Mehrertrag bei den Steuern**
- **Realisierte Buchgewinne aus Grundstückverkäufen**
- **Minderaufwand bei Abschreibungen**

Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

Bereiche mit positiver Wirkung

	Rg 08	VA 08
Mehrerträge		
■ Gesamtsteuerertrag	37.8 Mio	32.5 Mio
■ Erbschaftssteuer	4.6 Mio	0.2 Mio
■ Rückerstattungen von Gemeinwesen	17.0 Mio	14.0 Mio
■ Realisierte Buchgewinne	2.6 Mio	0.0 Mio
Minderaufwendungen		
■ Abschreibungen ordentlich (harmonisiert)	3.3 Mio	4.5 Mio
■ Abschreibungen ausserordentlich (übrige)	0.0	3.4 Mio

Stadtrat vom 29. Juni 2009

Der Mehrertrag beim Gesamtsteuerertrag von Fr. 5,3 Mio setze sich aus rund Fr. 1,8 Mio. Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen und Fr. 3,4 Mio. im Bereich der Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen zusammen.

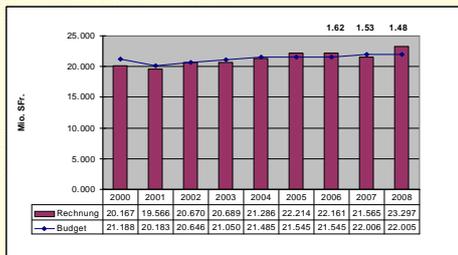
Der Mehrertrag von Fr. 4,4 Mio bei der Erbschaftssteuer sei auf einen bedeutenden Erbschaftsfall zurückzuführen.

Der Mehrertrag bei den Rückerstattungen aus dem Gemeinwesen werde durch die Kompensation von Mehrausgaben relativiert.

Der Mehrertrag bei den realisierten Buchgewinne habe sich aus Verkäufen ergeben.

stadtlangenthal

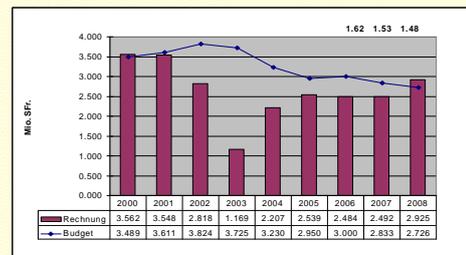
Einkommenssteuern 2000 - 2008



Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

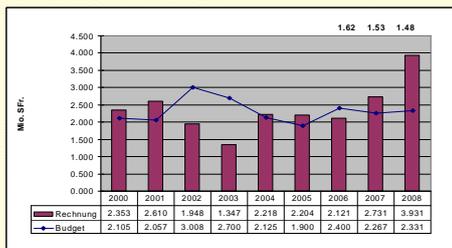
Vermögenssteuern NP 2000 - 2008



Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Gewinnsteuern JP 2000 - 2008



Stadtrat vom 29. Juni 2009



stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

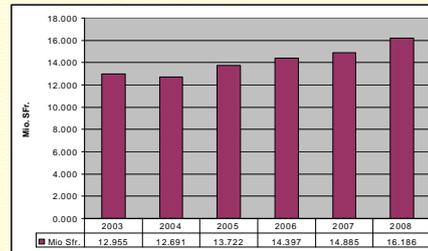
Bereiche mit negativer Wirkung

	Rg 08	VA 08
■ Vermögenserträge (Anlagen Finanzvermögen)	- 1.4 Mio	1.7 Mio
■ Sozialhilfe	- 14.2 Mio	-12.1 Mio
■ Gemeindebeitrag Lehrerröhne	- 5.1 Mio	-4.8 Mio

Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Anteil Lastenverteilsystem Kanton



Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

Investitionen

■ Bruttoinvestitionen	6.0 Mio
■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen	2.0 Mio
■ Nettoinvestitionen	4.0 Mio
➤ Minderausgaben gegenüber Investitionsplan	4.4 Mio

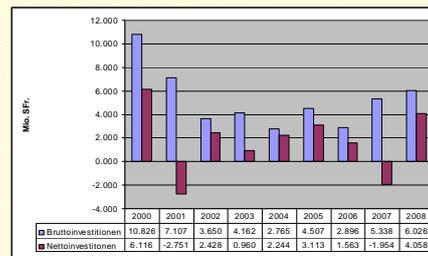
Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr

■ Sanierung Schulgebäude Talstrasse nach Minergie	2.4 Mio
■ Überbauungsordnung Nr. 33 Basiserschliessung	0.7 Mio
■ Untere Marktgasse Bodenpflasterung	0.4 Mio
■ Volksschule Neumöblierung Schulzimmer	0.2 Mio

Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Investitionen 2000 - 2008



Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

Zusammenfassung

Besserstellung gegenüber Voranschlag	13.1 Mio
abzüglich Sonderfaktoren	
Abschreibungen	- 4.7 Mio
Erbschafts- und Schenkungssteuern	- 4.3 Mio
Buchgewinne	- 2.6 Mio
Besserstellung ohne Sonderfaktoren	1.5 Mio

Stadtrat vom 29. Juni 2009

stadtlangenthal

Rechnung 2008 – Stadt Langenthal

Zusammenfassung

Aufwand	Voranschlag	84.7 Mio
	Rechnung	84.8 Mio
Ertrag	Voranschlag	80.7 Mio
	Rechnung	93.9 Mio

Stadtrat vom 29. Juni 2009

Die Budgetierung des Aufwandes sei gut und nahezu punktgenau erfolgt. Dagegen würden die im Ertrag enthaltenen, schlecht planbaren Sonderfaktoren sehr zu Buche schlagen und somit zu diesem sehr positiven Rechnungsergebnis und damit zum sehr vom Budget abweichenden Ergebnis führen.

Nach der Drucklegung der Rechnung 2008 seien zwei kleine Fehler festgestellt worden. Mit dem Nachversand vom 25. Juni 2009 per Mail (= Protokollbeilage) seien diese Fehler, die inhaltlich und somit am Rechnungsergebnis nichts änderten, korrigiert worden.

Zur Beantwortung von Fragen zur Rechnung im Laufe der Beratung stehe der Finanzverwalter, Herr René Hubacher zur Verfügung. Zur allfälligen Klärung von Fragen zur Rechnungsrevision 2008 sei Herr Leo Held, Revisor der BDO Visura, Burgdorf anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Der ureigenste Auftrag der Geschäftsprüfungskommission bestehe in der Prüfung der Geschäfte bezüglich des Ablaufs, den sie kurz erläutere: Die BDO Visura Burgdorf habe die Revisionsarbeiten 2008 mit der unangemeldeten Zwischenrevision am 26. August 2008 aufgenommen. Gegenstand dieser Prüfung seien die Kassen des Finanzamtes, der Badeanstalt und der Bibliothek gewesen. Diese Kassen seien einwandfrei geführt worden. Anlässlich der Vorrevision am 12. und 13. November 2008 habe eine vertiefte Prüfung der Theaterkasse, der Veräusserung von Grundstücken und der Mündeldepots stattgefunden. Die entsprechenden Vorrevisions-Berichte, in welchen die Schwachstellen dokumentiert und Massnahmen aufgezeigt seien, seien am 16. Dezember 2008 in der GPK diskutiert worden. Die Schlussrevision der Rechnung 2008 sei vom 23. bis 26. März 2009 durchgeführt worden. Die Schlussbesprechung der Schlussrevision 2008 habe am 23. April 2009 stattgefunden.

Anlässlich der GPK-Sitzung am Montag 22. Juni 2009 seien Fragen im Zusammenhang mit der Nachkreditabelle aufgetaucht. Mit dem Mailversand des GPK-Sekretärs am 25. Juni 2009 (= Protokollbeilage) sei eine Optimierung der Nachkreditabelle und eine Erläuterung dazu erfolgt. An der gleichen Sitzung sei angeregt worden, die Tabelle auf Seite 23 zu optimieren bzw. um eine Kolonne zu erweitern, um künftig im Sinne der Übersicht die Abweichungen zu begründen.

Inzwischen hätten alle vom sehr guten Ergebnis Kenntnis nehmen können. Dass die geplanten Investitionen nicht alle ausgelöst worden seien und wohl auch im Jahr 2009 nicht getätigt werden könnten, erachte sie persönlich als Wermutstropfen, den das Parlament teilweise aber auf die eigene Kappe nehmen müsse.

Am 1. und 2. April 2009 habe die Revision der Pensionskasse stattgefunden. Auch dieser Bericht sei am 23. April 2009 Gegenstand der Schlussbesprechung der GPK gewesen. Obwohl der Deckungsgrad von 96,9% als nicht kritisch eingestuft werde, werfe dieser dennoch Fragen auf, auch würden dazu nach wie vor Postulate im Raum stehen. Im Mai 2009 habe die Pensionskassenkommission mit Hilfe eines Experten mögliche Konzepte betreffend die Unterdeckung diskutiert.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke sie Gemeinderat Jürg Häusler, dem Finanzverwalter René Hubacher und seinen Mitarbeitenden für die ausserordentlich gewissenhafte Rechnungsführung. Dank gebühre allen Involvierten in der Verwaltung bis hin zu den Frauen an der Badikasse, den Revisoren Leo Held, der heute anwesend sei und Herrn Thomas De Micheli der BDO Visura, die es verstanden haben, die Berichte in verständlicher Form zu erläutern und zu verfassen.

Die Geschäftsprüfungskommission empfehle dem Stadtrat die Verwaltungs- und die Pensionkassenrechnung 2008 zu genehmigen.

Daniel Steiner, EVP-Fraktion: Die Gemeinderechnung 2008 habe eine gewisse Ähnlichkeit mit einer Wetterprognose: Zuerst sei für das Jahr 2008 etwas Regen und Bise vorausgesagt worden. Wegen unerwarteter Wetterkapriolen stelle man nun aber erfreut fest, dass im Jahr 2008 finanziell praller Sonnenschein geherrscht habe. Der Sonnenschein in der Rechnung 2008 sei vor allem auf ausserordentliche Faktoren zurückzuführen (Buchgewinne, ein grosser Erbschaftsfall und die Steuerteilungen), die dieses Jahr angefallen seien und zu grossen Mehrerträgen geführt hätten. Aufgrund nicht realisierter Investitionen - teilweise wegen personeller Engpässe - seien zudem nur gut die Hälfte der geplanten Abschreibungen getätigt worden. Dies werde wohl auch in den nächsten Jahren der Fall sein. Die Mehrheit des Stadtrates habe an der letzten Sitzung mit dem Widerstand gegen die Renovation der Musikschule übrigens einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass geplante Investitionen auch im Jahr 2009 wahrscheinlich längstens nicht im geplantem Umfang vorgenommen werden können.

Die EVP/glp-Fraktion betone, dass ohne ausserordentliche Faktoren die Rechnung 2008 ungefähr dem Budget für das Jahr 2008 entsprechen würde - und dies trotz der tieferen Steueranlage. Dies zeige, dass die zuständigen Behörden seriös und realistisch budgetiert hätten. Die Grundphilosophie der Budgetierung - ein ausgeglichenes Budget mit erhöhten Abschreibungen - werde deshalb von der EVP/glp-Fraktion weiterhin vollumfänglich unterstützt.



Ein Wermutstropfen in der Gemeinderechnung sei wiederum die ellenlange Tabelle der Nachkredite. Bei genauerem Hinsehen stelle man aber fest, dass es sich um Nachkredite handle, die kaum vorhersehbar gewesen seien. Zudem seien auch die offenen Fragen betreffend einzelner hoher Nachkredite von der Geschäftsprüfungskommission in der Zwischenzeit mit den nachgelieferten Informationen (Mail vom 25. Juni 2009) beantwortet worden.

Wie schon erwähnt, möchte die EVP/glp-Fraktion nicht vom Grundsatz der ausgeglichenen Rechnung abweichen. Das heisse konkret, dass Steuersenkungen auch weiterhin nicht auf Kosten des Eigenkapitals gehen dürften. Die EVP/glp-Fraktion sei aber bereit, die ausserordentlichen Mehrerträge der drei letzten Jahre den Bürgern zurückzugeben, was mit einer befristeten Steuersenkung geschehen könnte. Sobald die Mehrerträge zurückgegeben wären, müsste aber wieder über die Höhe der Steueranlage diskutiert werden.

Eine Rückgabe könnte aber auch mit kreativeren Ideen geschehen. Die Stadt St. Gallen habe kürzlich all ihren Bürgern Einkaufsgutscheine von Fr. 50.00 abgegeben. Das hätte den Vorteil, dass in Zeiten der Wirtschaftskrise ein Zeichen gegenüber der lokalen Wirtschaft gesetzt würde. Eine weitere Möglichkeit könnte ein einmaliger Steuerrabatt sein, wie dies der Kanton Bern gemacht habe oder ein einmaliger Betrag. Das Parlament der Stadt Olten habe vergangene Woche einen Vorstoss erheblich erklärt, der jedem Bürger Fr. 200.00 in bar auszahle. Auch diese Geste sei mit der Ankurbelung der Wirtschaft begründet worden.

Die EVP/glp-Fraktion erhoffe sich, dass die zuständigen Behörden die Art und Weise, wie den Steuerzahlenden allenfalls die erfreulichen Mehrerträge zurückerstattet werden könnten, gut überlegen und keine Schnellschüsse produzieren, die später zu einem Bumerang werden könnten.

Richard Bobst, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion heisse die Rechnung 2008 einstimmig gut und nehme zur Kenntnis, dass die Bereinigung der Nachkredite keine Verletzung der Zuständigkeit durch den Gemeinderat ergeben habe.

Mit Genugtuung werde zur Kenntnis genommen, dass die Rechnung mit Fr. 13 Mio. besser abschliesse als budgetiert. Allerdings sei man sich bewusst, dass der ausserordentliche Ertrag bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer mit mehr als Fr. 4 Mio. zum guten Ergebnis beigetragen habe.

Aufgefallen sei aber auch, dass der Sachaufwand um 7,7% zugenommen habe, dass die Einlagen in die Spezialfinanzierungen um 100% mehr als budgetiert gewesen seien, dafür aber rund 84% weniger als vorgesehen aus den Spezialfinanzierungen herausgenommen worden seien. Im Sinne einer wertefreien Feststellung sei auch aufgefallen, dass die Aufwendungen für die Sozialhilfeempfangenden zugenommen hätten. In Anbetracht der Wirtschaftslage werde sich dieser Trend bei dieser Position vermutlich noch fortsetzen.

Der Lastenausgleich sei auf eine Art mit 21% Mehrleistungen zu einer unberechenbaren Box geworden, und zeige frankenmässig eine grosse Bewegung auf. Im Bildungswesen seien 6,5% Mehraufwand zu verzeichnen. Ausgehend davon, dass 2% für Lohnanpassungen seien und damit substantielle Verbesserungen im Rahmen von 4,5% vorliegen, komme dies nicht ungelegen, wenn denn tatsächlich für die Bildung etwas Effizientes gemacht werde.

Das Eigenkapital der Stadt sei um Fr. 9 Mio. angestiegen und bewege sich per 31. Dezember 2008 auf Fr. 115 Mio. Die Steuererträge seien um Fr. 5 Mio. besser als vorgesehen.

Fazit: Wie in den letzten Jahren haben die Investitionsvorhaben nicht wie vorgesehen abgewickelt werden können, dies mit entsprechenden Auswirkungen auf die Abschreibungen - weil man wie immer zu optimistisch budgetiert habe. Nachdenklich stimme, dass der Entwurf des Finanzplans für die nächsten Jahre Investitionen vorsehe, die nicht den Hauch einer Chance hätten, je realisiert zu werden - jedenfalls nicht im vorgegebenen Tempo. Engpässe im Stadtbauamt seien ein Grund für den Verzug. Die FDP/jll-Fraktion halte ausdrücklich fest, dass die Grössenordnung für Investitionen nicht von der Kapazität eines Stadtbauamtes abhängig gemacht werden könne, sondern, dass diese vom politischen Willen des Stadtrates und vom Volk in Abstimmungen zu bestimmen sei.



Das Stadtbauamt sei an dieser Stelle gebeten, diese Aussage nicht als persönliche Anschuldigung zu betrachten, sondern als Motivation aufzufassen. Langenthal müsse Mittel und Wege finden, die Investitionen zu tätigen. Es könne nicht sein, dass dies an der Verwaltung hänge. Dementsprechend sei die Politik gefordert, Hand für Lösungen zu bieten.

Spezialfinanzierungen seien da, um Schwankungen auszugleichen, die zwischen den Jahren stattfinden könnten. Sie sollten nicht dauernd weiter geöffnet werden. Im Budget 2010 habe diesbezüglich doch schon eine gewisse Verbesserung erwirkt werden können, indem beschlossen worden sei, Spezialfinanzierungen nicht mehr übermässig zu äufnen.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse betrage 96,9%. Einerseits sei dies nicht alarmierend, auf der anderen Seite sei jedoch bekannt, dass die Wertschwankungsreserve weg sei. Die Revisionsbehörde habe die Pensionskassenkommission eingeladen, Massnahmen einzuleiten, um den Deckungsgrad zu verbessern. Nach Wissen der FDP/jll-Fraktion sei diesbezüglich aber noch nichts Entscheidendes passiert. Es seien weder grosse Übungen noch Anstrengungen unternommen worden, um die Situation ernsthaft zu prüfen. Allenfalls stehe dies aber im Zusammenhang mit den hängigen Revisionen, die mit politischen Vorstössen angeregt worden seien und die in der Verwaltung auch zuerst durchgesetzt werden müssten.

Die FDP/jll-Fraktion danke allen am Werk Beteiligten. Die FDP/jll-Fraktion ziehe aus der Rechnung 2008 den Schluss, dass die Steueranlage 2010 sorgfältig zu prüfen sei. Zudem müsse es doch gelingen, einen gewissen Mehrertrag der bereits verzeichnet worden sei - mindestens in den paar laufenden kommenden Jahren - an den Steuerzahler zurück zu geben, ohne Angst davor zu haben, dass dieser Weg nicht mehr gebremst werden könnte.

Urs Masshardt, SP/GL-Fraktion: Die Betrachtung der Rechnung sei immer eine geschichtliche Betrachtung. Mit Ausnahme eines Punktes verzichte er darauf, auf einzelne Positionen im Detail einzugehen, wie dies von den Vorrednern - die zu den selben Schlüssen gelangt seien wie die SP/GL-Fraktion - gemacht worden sei. Der Punkt der Investitionen jedoch gebe zu denken. Die Budgetabweichung betrage über 50% und somit seien mehr als 50% der geplanten Investitionen nicht getätigt worden. Wie die FDP/jll-Fraktion appelliere auch die SP/GL-Fraktion stark für eine wirkliche Realisierung der vorgesehenen Investitionen in den folgenden Jahren. Das heisse aber, dass im Stadtrat die notwendigen Ressourcen für das Bauamt gesprochen werden müssten, um dieses bitter notwendige Ziel zu realisieren. Bis auf die Kennzahl des Investitionsanteils seien alle Finanzkennzahlen hervorragend. Die Stadt Langenthal stehe mit der sehr guten Rechnung somit bestens da. Wenn die Stadt eine Aktiengesellschaft wäre, würde jetzt nach Dividenden geschrien. Oder, bei Betrachtung des Eigenkapitals, würde man sich jetzt nach Diversifizierungen umschaue oder den Kauf bzw. Übernahmen anderer Geschäfte in Erwägung ziehen. Das könne die Gemeinde so nicht machen, aber die Gemeinde könne Investitionen tätigen, die wieder an den Bürger zurückkommen und somit nachhaltig seien.

Die SP/GL-Fraktion appelliere, dass der Moment jetzt da sei, um nachhaltig wirksame Investitionen zu tätigen, welche die Bevölkerung in den nächsten paar Jahren weiterbringen würden.

Willi Lanz, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion habe vom sehr erfreulichen Ergebnis Kenntnis genommen und stimme den Rechnungen 2008 zu.

Anstelle des budgetierten Aufwandüberschusses von Fr. 4 Mio. sei ein Ertragsüberschuss von Fr. 9 Mio. zu verzeichnen, und das Eigenkapital habe um Fr. 13 Mio. auf rund Fr. 116 Mio. zugenommen. Dieses Ergebnis sei so weit so gut. Bei näherer Betrachtung jedoch seien dafür - wie bereits mehrfach gesagt - Sonderfaktoren und sicher auch ein ausgesprochen vorteilhaftes konjunkturelles Umfeld verantwortlich. Die Wirtschaft habe sich in Saft und Kraft befunden und volle Perspektiven geboten. Die Auftragsbücher seien voll gewesen, es habe Vollbeschäftigung geherrscht, Arbeitsplätze seien geschaffen worden und die Lohntüten sein üppig gefüllt gewesen. Wegen der guten Rechnung könnte man euphorisch und kreativ werden, wenn es darum gehe, wie die Allgemeinheit an diesem Geldsegen partizipieren könnte oder wie die partikulären Wünsche erfüllt werden könnten; sei es über politische Vorstösse oder über einen radikalen Steuerrabatt.



Die SVP-Fraktion sei der Ansicht, mit einer populistischen Geldumverteilung sicher falsch beraten zu sein. Auch werde die Meinung vertreten, dass die Aussichten nichts Gutes verheissen, da die Anzeichen der Wirtschaft dafür sprechen. Dementsprechend müsse damit gerechnet werden, dass die kommenden Rechnungen eher negativ ausfallen werden oder nur über Minderabschreibungen von nicht umgesetzten Investitionen ausgeglichen gestaltet werden können.

Im ganzen Kontext sei auch die SVP-Fraktion für eine Steuersenkung. Die Rechnung und das Eigenkapital liessen ein massvolles Vorgehen (nicht alles auf einmal ins Feuer werfen) mit der Option zur Nachbesserung zu. Das ganze aber selbstverständlich immer unter Abwägung und Berücksichtigung des Umfeldes. Auch die ständige Überprüfung der Gebühren und der Spezialfinanzierungen müsse das Thema einer umfassenden Finanzpolitik des Gemeinderates sein.

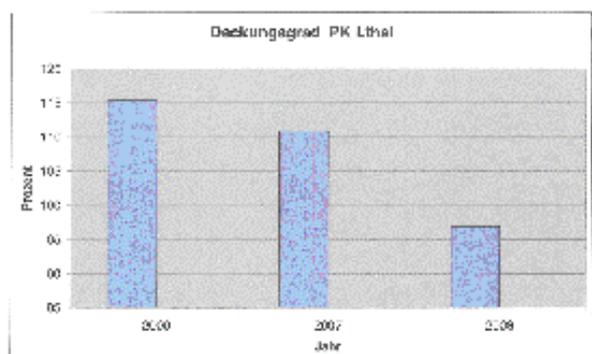
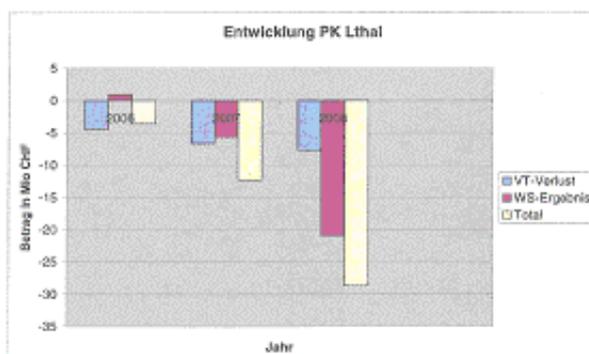
Investitionen seien für ein Gemeinwesen wichtig. Teile des Eigenkapitals seien dafür einzusetzen. Wie man es heute auch schon mehrfach gehört habe, sei die Finanzpolitik des Gemeinderates da absolut auf dem richtigen und unbestrittenen Weg. Vielfach werde aber der Zeitrahmen bezüglich der Wirkung bis ins Ziel masslos unterschätzt, oder wie an der letzten Stadtratssitzung geschehen (Sanierung Musikschule), verbaut. Auch in kleinen Sachen könnten Investitionen umgesetzt werden. Diesbezüglich müsse sich das Parlament selber an der Nase nehmen und die Grösse haben, effiziente Strukturen zu schaffen und sich für effiziente Abläufe einzusetzen.

Die SVP-Fraktion stimme der vorliegenden Rechnung der Gemeinde und der Pensionskasse in diesem Sinne zu und danke allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Markus Gfeller: Zur Rechnung der Stadt werde er nur kurz etwas sagen, wogegen seine Äusserungen zur Rechnung der Pensionskasse etwas länger ausfallen werden.

Zur Rechnung: Gemeinderat Jürg Häusler habe im Rahmen der Berichterstattung aufgezeigt, wie die Rechnung mit den Sonderfaktoren aussehe und habe dabei dort grosszügig darüber hinweggeschaut, dass als Sonderfaktoren möglicherweise auch die Abschreibung der nicht realisierten Kursverluste von den Wertschriften zu berücksichtigen wären. Gegenüber dem Budget habe die Rechnung im Wertschriftenertrag ein Minus von rund Fr. 3 Mio. ausgewiesen. Er hoffe nicht, dass der Gemeinderat davon ausgehe, dass der Minusbetrag ein ordentlicher Faktor sei, mit dem - wenn man ihn wieder um den Minusbetrag korrigiere - Mehrerträge bzw. eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Budget von Fr. 4,5 Mio. anstatt Fr. 1,5 Mio. erzielt würde; was etwas mehr als zwei Steuerzehntel wären.

Zur Pensionskasse: Die Pensionskasse habe ein etwas schwieriges Jahr hinter sich: Der erste Grund seien die Kursrückschläge gewesen, von denen mehr oder weniger alle betroffen seien, die irgendwo an der Börse investiert hätten.





Er gehe davon aus, dass die Abschreibung von rund Fr. 21 Mio. im Jahr 2008 ausserordentlich gewesen sei, weswegen er davon auch nicht in grundsätzlicher Art und Weise beunruhigt sei. Beunruhigt sei er an und für sich wegen den in den letzten 3 Jahren erzielten versicherungstechnischen Verlusten zwischen Fr. 4,5 Mio. und Fr. 7,8 Mio. Versicherungstechnischer Verlust heisse, dass die einbezahlten Beiträge nicht ausreichen würden, um die versprochenen Leistungen zahlen zu können. Dass diese nicht vollständig ausreichen, sei an und für sich ein normaler Vorgang, weil man ja ein Vermögen habe, das angelegt werden könne und woraus ein gewisser Ertrag erwirtschaften werden soll, mit dem schlussendlich diese Lücke gedeckt werden könne.

Wie der Grafik unschwer zu entnehmen sei, sei es mit der geltenden Regelung nicht einmal in den guten Börsenjahren 2006 und 2007 gelungen, das angestrebte Ziel der Pensionskasse zu erreichen. In den letzten beiden Jahren (2007 und 2008) habe die Pensionskasse im versicherungstechnischen Teil durchschnittlich rund Fr. 7 Mio. pro Jahr verloren. Das bedeute, dass mit dem Vermögen von rund Fr. 155 Mio. eine durchschnittliche Rendite von etwas mehr als 4,5% erreicht werden müsste. Auf dieser Annahme basiere gemäss Auskunft des Finanzamtes auch die Anlagestrategie der Pensionskasse.

Der Bundesrat schreibe in der massgebenden Verordnung (BVV2, Art. 12) den für Pensionskassen massgebenden Mindestzinssatz vor. Dieser habe seit Bestehen des Obligatoriums (1985) nie mehr als 4% betragen. In den letzten Jahren habe er sich zwischen 2% und 2.75% bewegt. Für das Jahr 2009 betrage er 2%. Es stelle sich also die Frage, wie die Pensionskasse der Stadt Langenthal - im heutigen Zeitpunkt ohne Wertschwankungsreserve für weitere Kursverluste - eine Performance von 4,5% erreichen soll, wenn sie gar keine übermässigen Risiken mehr eingehen dürfe?

Die ignorante Finanzpolitik des Gemeinderates der letzten Jahre habe dazu geführt, dass der Deckungsgrad von 115,3% auf heute noch 96,9% gefallen sei. Gefordert wären 100%. Die Reduktion des Deckungsgrades werde sich fortsetzen, da die Renditeziele der Pensionskasse ohne massives Glück (Lotto-Sechser) gar nicht erreicht werden könnten. Diese Erkenntnis sei nicht neu. Sie gehe aus dem Bericht des Versicherungsexperten hervor, der bereits seit dem Jahr 2005 vorliege. Diese Entwicklung habe nichts mit den bisher verschleppten Postulaten betreffend die Rechtsform und die Primatsfrage zu tun. Zum Glück für die Versicherten hätten die Arbeitgebenden eine Leistungsgarantie übernommen. Dies könnte mit ein Grund sein, wieso man diese in öffentlichen Kassen verbreitete Problematik auch in Langenthal nicht anpacke, sondern auf die lange Bank schiebe. Wie die Lehrerversicherungskasse des Kantons zeige, werde es aber nicht besser, dieses Thema noch länger aufzuschieben.

Einmal mehr weise er darauf hin, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf bestehe, welcher sich in den nächsten Jahren noch mehr akzentuieren werde, wenn nichts unternommen werde. In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu erfahren, welche Resultate in der Pensionskassensitzung vom 7. Mai 2009 erzielt worden seien.

B Beratung der Rechnung im Detail

Stadtratspräsident Daniel Rügger stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zur Rechnung 2008 (Seiten 1 - 189) keine Wortmeldungen erfolgt sind.

C Beratung der Revisionsberichte

Stadtratspräsident Daniel Rügger stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zu den Revisionsberichten 2008 keine Wortmeldungen erfolgt sind und entlässt den Revisor der BDO Visura Burgdorf, Herrn Leo Held unter Verdankung seiner Anwesenheit und für die geleistete Arbeit aus der Sitzung.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Gemeinderat Jürg Häusler: Die Worte von Stadtrat Markus Gfeller seien irritierend und hätten eine frustrierende Wirkung. Er empfinde es als vermessen bzw. schlicht weg als unwahr, von einer ignoranten Finanzpolitik des Gemeinderates zu sprechen, der gewisse Themen auf die lange Bank schiebe und nichts mache. Der Gemeinderat beschäftige sich sehr wohl mit der Thematik und beschliesse Massnahmen. Stadtrat Markus Gfeller könne beruhigt sein. Die Pensionskassenkommission habe an ihrer Sitzung am 7. Mai 2009 unter dem Beisein des Pensionskassenexperten die Anlagestrategie neu hinterfragt, überprüft und beraten. Der Gemeinderat sei ständig am Thema dran und informiere sich in vierteljährlichen Repportings über den Stand der Anlagen.

Sehr interessant und bemerkenswert sei, dass der selbe Kreis, der die Anlagestrategie des Gemeinderats damals, als die onyx-Gelder geflossen seien, kritisiert und eine viel sportlichere Anlagestrategie verlangt hätten, sich nun wieder zu Wort melden und eine viel defensivere Strategie fordere.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. **Die Gemeinderechnungen für das Jahr 2008, umfassend**
 - **die Verwaltungsrechnung (= Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung**
 - **die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**
- **Protokollbeilage: Mail des GPK-Sekretärs vom 25. Juni 2009 (Seiten 1 - 13 gelb)**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Verwaltungsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2008; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Alljährlich werde dem Stadtrat vom Gemeinderat - bezugnehmend auf Artikel 62 Abs. 1 der Stadtverfassung - der Verwaltungsbericht vorgelegt. Der Verwaltungsbericht sei ein ausführliches Dokument über eine Vielzahl von Verwaltungstätigkeiten. In einer sachlichen Gliederung finde man Informationen zu Parlamentarischen Vorstössen, zu Abstimmungen, zu Wahlen, zu Angelegenheiten des Stadtrates, des Gemeinderates in ausführlicher Art und Weise über verschiedenste Themenbereiche und nach den Ämtern strukturiert. Der Bericht enthalte ein Behördenverzeichnis mit spezifischen Funktionen und mit einem Haufen von gemeindeübergreifenden Organisationen. Das ausführliche Inhaltsverzeichnis erleichtere die Verwendung des Berichts als Nachschlagewerk und gebe ihm somit auch die Eigenschaft einer umfassenden Dokumentation.

Wie bereits im vergangenen Jahr erklärt, sei der Verwaltungsbericht kein Geschäftsbericht der Rechenschaft über die politischen Tätigkeiten ablege oder Bezug auf die Regierungsrichtlinien nehme. Er sei eben ein Verwaltungsbericht wie er der Stadtverfassung entspreche und vom Gemeinderat zur Genehmigung dem Stadtrat vorgelegt werden müsse.

Was die Abschreibung der Vorstösse betreffe gelte es Folgendes zu sagen:

- Gemäss Art. 41 Abs. 4 Geschäftsordnung des Stadtrates habe der Stadtrat Kenntnis von der Abschreibung des *Postulats von Tardent Emanuel (GFL) und Mitunterzeichnende vom 12. November 2001 betreffend Entschärfung der lebensgefährlichen Situation im Bereich der Fussgängerüberquerung Breitenfluhstrasse-Kühlhausstrasse über die Hasenmattstrasse* zu nehmen. Der Gemeinderat habe das Thema im Prinzip geprüft und in die Investitionsplanung aufgenommen, um die Querung im Rahmen der Schulwegsicherung ins Hard zu verbessern.
- Im Weiteren gehe der Gemeinderat davon aus, die Voraussetzungen der parlamentarischen Vorstösse erfüllt zu haben, weshalb er acht Vorstösse zur Abschreibung im Sinne von Art. 41 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates beantrage:
 - *Postulat Bobst Christine (JL) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend die Prüfung der Einsetzung einer Projektgruppe unter dem Leitsatz "BELLAnthal", die sich für Themen wie Gewalt, Littering und gegenseitigem Respekt mit entsprechenden Aktivitäten und Arbeiten für Langenthal als Wohlfühlstadt einsetzt*
Die Arbeitsgruppe sei eingesetzt und am Werk.
 - *Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2006 betreffend Jubiläumsfeier "1150 Jahre Langenthal"*
Die entsprechenden Schritte seien eingeleitet und das OK befinde sich am Aufbau.
 - *Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2006 betreffend periodische Publikation der durch den Gemeinderat erfolgten Zusicherungen von Gemeindebürgerrechten*
Im Rahmen des Verwaltungsberichtes werde einer periodischen Publikation entsprochen.
 - *Postulat Rentsch-Ryf Michèle (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. September 2006 betreffend Begrüssung von NeuzuzügerInnen der Stadt Langenthal*
Im letzten Jahr habe erstmalig ein Anlass stattgefunden. Im Rahmen des letztjährigen Anlasses seien Vorbereitung für einen diesjährigen im Gang.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

- *Postulat Christen Roland (SVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Mai 2007 betreffend die sofortige Einführung von geeigneten Verkehrsmassnahmen auf der Jurastrasse im Bereich zwischen dem Theatergässchen und der heutigen Ein- und Ausfahrt zum Coop-Parkhaus, zwecks Erhöhung der Verkehrssicherheit*

Man sei kurz davor die Jurastrasse so umzubauen, dass die Verkehrsmassnahmen im Rahmen des Postulats umgesetzt seien.

- *Postulat Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008 betreffend die Prüfung der Installation eines Treppenlifts im Stadttheater*

Mit der Kenntnisnahme der Haltung der Gebäudeversicherung sei dieser Vorstoss erledigt.

- *Postulat (umgewandelte Motion) Lüthi Beatrice (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend "Ortsbus Langenthal im Viertelstundentakt"*

In Kenntnis des Angebotsbeschlusses seien die Voraussetzungen des Postulats mittlerweile erfüllt. An der Einführung des Viertelstundentaktes werde zur Zeit gearbeitet

Mit Dank an die Verfassenden lege der Gemeinderat dem Stadtrat den Verwaltungsbericht 2008 zur Genehmigung vor und beantrage der Abschreibung der Vorstösse zuzustimmen.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Laut Art. 20 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates sei die Geschäftsprüfungskommission die vorberatende Kommission für die Behandlung des Verwaltungsberichts. Der Verwaltungsbericht sei ein Nachschlagewerk, ein Geschichtsbuch, das, wie es für ein solches üblich sei, übersichtlich geordnet und aufgebaut sei und wo notwendig und interessant sogar Darstellungen zum Vergleich gegenüber dem Vorjahr enthalte.

Im Jahr 2008 seien neu 17 Motionen, 27 Postulate und 14 Interpellationen eingereicht worden. Rund 50 Vorstösse seien aus Vorjahren noch hängig. Diese Zahlen mögen ein Zeichen dafür sein, dass die Demokratie in Langenthal sehr direkt spiele, sie seien jedoch auch ein Zeichen für die Bindung von Kräften bzw. die Lähmung und Blockierung der Verwaltung. Sie erlaube sich die ganz persönliche Bemerkung, dass mit Parlamentarischen Vorstösse genau die Kräfte in der Verwaltung gebunden werden, die eigentlich für das Tätigen der Investitionen zur Verfügung stehen müssten. Diesbezüglich gelte es sich also etwas zurückzuhalten und dafür die Sachgeschäfte voranzutreiben.

Die Geschäftsprüfungskommission danke allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und empfehle dem Stadtrat den Verwaltungsbericht 2008 zu genehmigen.

Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion: Der Verwaltungsbericht sei ein spannendes Buch. Je mehr man darin lese, je mehr werde das allgemeine Interesse geweckt. Der Verwaltungsbericht sei auch dieses Jahr wieder sehr vielfältig und sehr eindrücklich. Dementsprechend lohne es sich darin zu blättern.

Der Verwaltungsbericht vermittle einen Überblick zu allen Sachgeschäften und Leistungen der Stadt. Je nach Interesse sei er ein gutes Nachschlagewerk. Wer beispielsweise wissen wolle, wie viele Tiere von der Stadtpolizei auf der Viehwaage in der Markthalle gewogen worden seien, finde diese Information auf Seite 143 (2'705 Tiere).

Die Verwaltungstätigkeit 2008 sei in knapp 200 Seiten zusammengefasst. Zwischen jeder Zeile verstecke sich ein grosses Engagement oft bis weit über den Feierabend hinaus.

Die SP/GL-Fraktion danke dem Gemeinderat herzlich für die geleistete Arbeit. Es sei spürbar, dass diese grosse Arbeit und anspruchsvolle Aufgabe immer wieder mit viel Herzblut und Freude ausgeführt werde.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Willi Lanz, SVP-Fraktion: Im Namen der SVP-Fraktion dürfe er den Verwaltungsbericht würdigen und allen Beteiligten einen grossen Dank aussprechen. Der wiederum umfangreich ausgefallene Bericht füge sich nahtlos in die Reihe der bisherigen Ausgaben ein. Für die Politiker sei er ein nützliches Nachschlagewerk. Für das Gemeinwesen sowie für spätere Generationen stelle er eine wertvolle Dokumentation dar. Später werde er mitunter bei Nachforschungen vielleicht sogar für das eine oder andere Schmunzeln sorgen. Die SVP-Fraktion sei auch mit der Abschreibung der Postulate einverstanden.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Im Namen der EVP/glp-Fraktion gehe ein grand Merci an die Stadtverwaltung für die wertvolle und grosse Arbeit, die im vergangenen Jahr geleistet worden sei.

Die EVP/glp-Fraktion nehme den Verwaltungsbericht 2008 zustimmend zur Kenntnis und genehmige auch die Abschreibung der vorgeschlagenen Vorstösse.

Der Bericht enthalte wie alle Jahre wieder viele interessante Informationen. Er sei wie ein Almanach über das Stadtleben und beinhalte auch ein paar Kuriositäten: Wegen ihres Nachnamens "Steiner" freue es sie speziell, dass ein Paar die "Steinerne" Hochzeit (67 Jahr) habe feiern können. Interessant sei auch dass die Aufführung "Frau Holle" im Stadttheater mit 454 Personen am meisten Zuschauer habe anlocken können, was vielleicht den harten Winter 2008/2009 erkläre. Nur das Freibad habe mehr Publikumsaufmarsch vermerken können: 706 Gäste pro Tag, obschon es nur an 48 von 134 offenen Tagen sonnig gewesen sei.

Die EVP/glp-Fraktion wünsche sich, dass das am 22. Oktober 2007 überwiesene *Postulat (umgewandelte Motion) Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Ausgestaltung des Verwaltungsberichtes als leistungsorientierter Geschäftsbericht*, ernst genommen werde und, dass bald mit einem entsprechenden Ergebnis gerechnet werden könne. Ein Geschäftsbericht könnte als Führungsinstrument verwendet werden und nicht wie der aktuelle Bericht nur als Nachschlagewerk dienen.

Patric Oppong, FDP/jll-Fraktion: Wie jedes Jahr liege wieder ein vorbildlicher Verwaltungsbericht vor. Dieses Jahr werde auf 197 Seiten beschrieben, was im Jahr 2008 so alles passiert sei. Die FDP/jll-Fraktion bedanke sich bei allen Beteiligten für aufwändige Arbeit.

Stadtratspräsident Daniel Rügger hält zu Händen des Protokolls fest, dass zu den Beschlussespunkten 2. und 3. des gemeinderätlichen Beschlussesantrages weder ein Antrag gestellt, noch eine Diskussion darüber verlangt worden sei.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2008 wird genehmigt.**
- 2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der reglementarisch vorgeschriebenen Abschreibung des Vorstosses (Art. 41 Abs. 4 Geschäftsordnung Stadtrat):**
 - A Postulat Tardent Emanuel (GFL) und MitunterzeichnerInnen vom 12. November 2001 betreffend Entschärfung der lebensgefährlichen Situation im Bereich der Fussgängerüberquerung Breitenfluhstrasse-Kühlhausstrasse über die Hasenmattstrasse**

Eingereicht und begründet am 12. November 2001; erheblich erklärt am 14. Januar 2002
- 3. Der Stadtrat beschliesst die Abschreibung der Vorstösse (Art. 41 Abs. 3 Geschäftsordnung Stadtrat):**
 - B Postulat Peterat Lars (SP) und Mitunterzeichnende vom 16. Dezember 2002 betreffend rauchfreie öffentliche Gebäude**

Eingereicht und begründet am 16. Dezember 2002; erheblich erklärt am 24. Februar 2003



- C Postulat Bobst Christine (JL) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend die Prüfung der Einsetzung einer Projektgruppe unter dem Leitsatz "BELLangenthal", die sich für Themen wie Gewalt, Littering und gegenseitigem Respekt mit entsprechenden Aktivitäten und Arbeiten für Langenthal als Wohlfühlstadt einsetzt**

Eingereicht und begründet am 27. März 2006 erheblich erklärt am 26. Juni 2006

- D Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2006 betreffend Jubiläumsfeier "1150 Jahre Langenthal"**

Eingereicht und begründet am 26. Juni 2006; erheblich erklärt am 21. August 2006

- E Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2006 betreffend periodische Publikation der durch den Gemeinderat erfolgten Zusicherungen von Gemeindebürgerrechten**

Eingereicht und begründet am 26. Juni 2006; erheblich erklärt am 18. September 2006

- F Postulat Rentsch-Ryf Michèle (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. September 2006 betreffend Begrüssung von NeuzuzügerInnen der Stadt Langenthal**

Eingereicht und begründet am 18. September 2006; erheblich erklärt am 2. April 2007 (aufgeschobene Behandlung)

- G Postulat Christen Roland (SVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Mai 2007 betreffend die sofortige Einführung von geeigneten Verkehrsmassnahmen auf der Jurastrasse im Bereich zwischen dem Theatergässchen und der heutigen Ein- und Ausfahrt zum Coop-Parkhaus, zwecks Erhöhung der Verkehrssicherheit**

Eingereicht und begründet am 14. Mai 2007; erheblich erklärt am 25. Juni 2007

- H Postulat Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008 betreffend die Prüfung der Installation eines Treppenlifts im Stadttheater**

Eingereicht und begründet am 21. Januar 2008; erheblich erklärt am 17. März 2008

- I Postulat (umgewandelte Motion) Lüthi Beatrice (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend "Ortsbus Langenthal im Viertelstundentakt"**

Eingereicht und begründet am 17. März 2008; am 23. Mai 2008 in Postulat umgewandelt und am 30. Juni 2008 erheblich erklärt.

4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Personalreglement vom 26. Mai 1997, in Kraft seit 1. Juli 1997; Teilrevision (Art. 29, Ferien)

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Einmal mehr gehe es um eine Teilrevision des Personalreglements, welcher - um es vorweg zu nehmen - noch weitere Teilrevisionen zu anderen Themen folgen werden. Konkret gehe es heute um die Frage der zusätzlichen Ferientage und damit auch um die Umsetzung der am 15. Dezember 2008 erheblich erklärten *Motion Masshardt Urs (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die «mehr Ferien für alle 21-49-jährigen Angestellten der Stadt Langenthal»*. Der Gemeinderat wolle dieses Begehren isoliert behandeln und beantrage die entsprechende Anpassung des Art. 29 des Personalreglements zu genehmigen.

Der Gemeinderat habe bereits bei der Beantwortung der Motion am 15. Dezember 2008 signalisiert, dass er drei zusätzliche Ferientagen für alle 21-49-jährigen als angepasst erachte. Konkret bedeute dies, dass alle 21-49-jährigen neu 23 statt 20 Tage Ferien erhalten. Die Gruppe der 21-49-jährigen Amtsvorsteher erhalte neu 28 Ferientage. Dies aus dem Grund, weil die Amtsvorsteher anlässlich einer früheren Lohnrunde fünf zusätzliche Ferientage zugestanden erhalten haben, im Gegenzug dazu aber keine Arbeitszeiterfassung geltend machen können. Die organisatorischen und finanziellen Konsequenzen seien eigentlich rein theoretisch folgendermassen zu erwarten:

Die zusätzlichen drei Tage Ferien bedeuten natürlich mehr Abwesenheiten. Rein Numerisch ausgewiesen heisse das gesamthaft rund 68,4 Wochen, was umgerechnet rund 1 ½ Vollzeitstellen entspreche und rund Fr. 150'000.00 Mehrkosten bedeute. In der praktischen Auswirkung zeige sich aber ein anderes Bild, da in der Stadtverwaltung sehr viele Pendenzen zu erledigen seien, die von wenigen Personen wahrgenommen werden. Am Beispiel der 4 Mitarbeitenden im Fachbereich Informatik lasse sich veranschaulichen, was die drei zusätzlichen Ferientage bedeuten: Die zusätzlichen 3 Tage Ferien führen zu 12 Ferientage mehr, was umgerechnet zirka 5% einer Stelle entspreche. In der Praxis lasse sich diese Mehrarbeit von rund 5-Stellenprozenten nicht mit einer Stellenerhöhung kompensieren. Trotz dieses Umstandes, ziehe der Gemeinderat keine direkten Kostenfolgen und auch keine direkten akuten organisatorischen Massnahmen im Zusammenhang mit den drei zusätzlichen Ferientagen in Betracht.

Sollten sich allfällige Probleme einstellen - was sich aber erst nach der Umstellung der Massnahme zeigen werde - werde sich dies in vermehrten Überstunden ausdrücken, worauf entsprechende flankierende Massnahmen in Betracht gezogen werden müssten. Aus den gezeigten Voraussetzungen sei ein proaktives Vorgehen im Zusammenhang mit diesen 3 zusätzlichen Ferientagen aber nicht opportun.

Die Einsetzung dieser neuen Ferienregelung - vorausgesetzt der Stadtrat bewillige diese - liege in der Kompetenz des Gemeinderates, welcher die Inkraftsetzung auf Mitte dieses Jahres (1. Juli 2009) geplant habe. Zweifelsohne würde die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin damit erhöht.

Im Namen des Gemeinderates und auch gegenüber dem städtischen Personal freue er sich, dem Stadtrat zu beantragen der Teilrevision von Art. 29 Abs. 1 Bst. c und Art. 29 Abs. 2 des Personalsreglements zu genehmigen.

Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage nach erfolgter Prüfung.



Franz Flückiger, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion habe die Motion von Stadtrat Urs Masshardt und somit die Umsetzung von drei zusätzlichen Ferientage für alle 21-49-jährigen sehr gut geprüft. Die SVP habe der Motion bereits am 15. Dezember 2008 mehrheitlich zugestimmt. An der letzten Fraktionssitzung sei das Thema der Umsetzung im Personalreglement nach erneuter Diskussion und Kontrolle der beantragten Änderung einstimmig gutgeheissen worden.

Die SVP-Fraktion habe die Umsetzung in Bezug auf den eigentlich grösseren Personalbedarf sehr sachlich angeschaut. Diesbezüglich werde erwartet, dass die 3 zusätzlichen Ferientage eine motivierende Wirkung auf das Personal haben werde, so dass die Umsetzung ohne Erhöhung des Personalbestandes erfolgen könne.

Persönlich hoffe er, dass sich das Personal bei Stadtrat Urs Masshardt für seinen Einsatz gelegentlichen mit einem Apéro bedanke.

Urs Zurlinden, FDP/jll-Fraktion: In der FDP/jll-Fraktion herrsche nach wie vor keine riesengrosse Begeisterung für das Geschäft, wie dies bereits am 18. August 2008 zum Ausdruck gebracht worden sei. Stadträtin Beatrice Lüthi habe damals schon auf den falschen Zeitpunkt hingewiesen. Heute sei das genau so. In einer Zeit, wo hunderte von Angestellten in der Privatwirtschaft entlassen werden müssten, bestehe wenig bis gar kein Verständnis dafür, städtischen Angestellten mehr Ferien zu gewähren. Da die FDP/jll-Fraktion keine schlechte Verliererin sei, werde sie der Gewährung von drei zusätzlichen Ferientagen trotzdem zustimmen. Schliesslich gehe es um den Vollzug einer überwiesenen Motion, die er persönlich selbstverständlich unterstütze, weil er jedem etwas mehr Ferien gönne.

Ganz ohne Zähneknirschen mache die FDP/jll-Fraktion aber nicht mit. Zum Einen seien die Einwände von Stadträtin Beatrice Lüthi nach wie vor berechtigt, sogar noch mehr als vor einem Jahr. Zum Zweiten sei die Argumentation des Gemeinderates, wonach die Umsetzung ohne zusätzliche Kosten möglich sein soll, ziemlich erstaunlich. Stadträtin Nathalie Scheibli habe den Vorstoss am 15. Dezember 2008 mit dem Hinweis begründet, dass die Hektik an den Arbeitsplätzen zugenommen habe. Das möge ja sein, aber jetzt soll die gleiche Arbeit mit mehr Ferien erledigt werden, und dabei solle erst noch weniger Hektik aufkommen. Er persönlich staune über diese Aussage und wäre - wenn er städtischer Angestellter wäre - sogar etwas beleidigt, weil das doch heisse, dass die städtischen Angestellten ihre Arbeit effizienter und in kürzerer Zeit erledigen könnten und somit heute eine etwas ruhige Kugel schieben. Zum Dritten sei das Tempo, in welchem die Motion erfüllt werde, ungewöhnlich schnell. An der Stadtratssitzung vom 23. März 2009, als es um die Erheblicherklärung des *Postulats Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend "Wochenend- und Nachtzulage für das Reinigungspersonal der Turnhallen"* gegangen sei, habe der Stadtpräsident Thomas Rufener auf eine hängige Totalrevision des Personalreglements hingewiesen. Die Totalrevision sei jedoch heute noch hängig. Demnach hätte auch die neue Ferienregelung schadlos bis zur Gesamtrevision warten können. Der Gemeinderat habe nämlich ganze zwei Jahre Zeit, das Anliegen einer überwiesenen Motion zu erfüllen. Von einer vorberatenden Kommission habe man erfahren können, dass der Gemeinderat die drei Tage mehr Ferien für das Personal aus psychohygienischen Gründen so schnell habe gewähren wollen. Man nehme zur Kenntnis, dass in Langenthal jetzt psychohygienische Politik betrieben werde, was vielleicht nicht einmal die schlechteste Motivation sei.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion stimme der Teilrevision des Personalreglements und dem damit verbundenen Vollzugauftrag an den Gemeinderat zu. Die EVP/glp-Fraktion habe keine Bedenken, da die Erhöhung der Ferien eine Anpassung an das kantonale sowie auch an des bundesweite Ferienreglement sei.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Urs Masshardt, SP/GL-Fraktion: Ferien seien wirklich in aller Munde. Einerseits stehe man zur Zeit vor den Sommerferien auf der anderen Seite habe der eine oder andere vielleicht am Fernsehen mitverfolgt, dass am Freitag die Ferieninitiative "*6 Wochen Ferien für alle*" mit weit über 120'000 beglaubigten Unterschriften eingereicht worden sei.

Es sei ein gutes Zeichen und ein Weg in die richtige Richtung, wenn die Stadt Langenthal die drei zusätzlichen Ferientage gewähre. Als Arbeitnehmervertreter einer Hotel- und Gastrobranche mache er auf das Motto: "*Macht Ferien, schafft Arbeit*" aufmerksam und würde sich freuen, wenn die Arbeitnehmenden der Stadt Langenthal ihre Ferien in der Schweiz verbringen würden. Mehr Ferien seien eine Investition in die Gesundheit und somit eine Investition in die Arbeit.

Persönlich freue er sich für die Angestellten der Stadt, dass das revidierte Reglement an der heutigen Sitzung verabschiedet werden könne. Für ihn sei es heute die letzte Stadtratssitzung¹. Er trete mit einer gewissen Genugtuung aus dem Stadtrat aus und wünsche allen schöne Ferien.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung)

unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- 1. Die Teilrevision des Personalreglements (Art. 29 Abs. 1 Bst. c und Art. 29 Abs. 2) wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug, insbesondere mit der Bestimmung des Zeitpunktes des In-Kraft-Tretens der revidierten Bestimmung, beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Siehe Traktandum Nr. 24/In eigener Sache



4. Feuerwehr; Erwerb eines Mehrzweckfahrzeuges vom Typ Mercedes-Benz Sprinter 515 CDI (Allradantrieb); Bewilligung eines Investitionskredites

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Rolf Baer: Der Stützpunkt Langenthal gehöre mit Biel, Bern und Thun zu den vier wichtigsten Feuerwehren im Kanton Bern. Der Gemeinderat habe sich in seinen Regierungsrichtlinien klar für die Stärkung des Feuerwehrstützpunktes Langenthal ausgesprochen. Unter Anderem bedeute dies, dass die Handlungsfähigkeit zu gewährleisten sei und damit die Mobilität und die Infrastruktur ständig verbessert werden müssen.

Anfang April 2009 habe die Feuerwehr ein neues Kommandofahrzeug übernehmen können. In einem nächsten Schritt gehe es nun darum, die beiden Pikettfahrzeuge vom Typ Dodge, welche seit 1978 in Betrieb seien, zu ersetzen. Nach über 30 Dienstjahren habe sich die Reparaturanfälligkeit drastisch erhöht und der hohe Treibstoffverbrauch mit entsprechend hohem Schadstoffausstoss lasse deren Verwendung heute nicht mehr zu.



Es sei vorgesehen die beiden Dodges durch ein einzelnes Mehrzweckfahrzeug zu ersetzen. Zusätzlich werde die Beschaffung eines zu-ladbaren Moduls mit Geräten und Material beantragt, womit das Fahrzeug polyvalenter eingesetzt werden könne und im Feuerwehrmagazin an der Südstrasse stationiert sein werde.

Im Rahmen der Evaluation sei geprüft worden, ob die Anschaffung eines gasbetriebenen Fahrzeuges möglich wäre. Ab Werk sei aber kein Fahrzeug in der verlangten Kategorie erhältlich. Die Nachrüstung auf Gasbetrieb sei verworfen worden, weil dadurch die Nutzlast massiv reduziert würde, das Werkstattnetz für Gasfahrzeuge noch fehle und die Motorenleistung ungenügend wäre.

Die Finanzierung der Feuerwehr (Betrieb und Investitionen) seien über die Feuerwehrabgabe und die jährlichen Betriebsbeiträge der Gebäudeversicherung (GVB) sichergestellt und zweckgebunden. Die Ersatzbeschaffungen werden über die Investitionsrechnung verbucht.

Der Gemeinderat habe zur Kenntnis genommen, dass die vorberatenden Kommissionen (Kommission für öffentliche Sicherheit, Finanzkommission) das Geschäft einstimmig unterstützen. Dem Stadtrat werde somit beantragt, der Ersatzbeschaffung für die Pikettfahrzeuge vom Typ Dodge mit einem Mehrzweckfahrzeug vom Typ Mercedes Benz Sprinter 515 CDI mit Allradantrieb im Betrag von Fr. 186'550.00 und der Beschaffung eines Einsatzmoduls und Zubehör im Betrag von Fr. 22'564.00 zuzustimmen und den dafür erforderlichen Kredit von Fr. 210'000.00 (Kostendach) zu genehmigen.



Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Die Feuerwehr sei das erste und schlagkräftigste Einsatzmittel und sollte darum materiell und personell immer top und à jour sein.

Die Geschäftsprüfungskommission habe das Geschäft geprüft und festgestellt, dass die Abwicklung vorschriftsgemäss verlaufen sei. Die Feuerwehr selber, die Kommission für öffentliche Sicherheit und die Finanzkommission hätten ein gewissenhaftes und seriöses Evaluationsverfahren durchgeführt. Positiv auffallend sei, dass auch der Gasantrieb geprüft worden sei und ein Vergleich mit anderen Marken stattgefunden habe. Weiter positiv zu bemerken sei, dass eine einheimische Firma bei der Beschaffung partizipieren könne und später die ordentlichen Servicearbeiten durchführen könne. Gut sei auch, dass bereits vorhandene Module auf das Fahrzeug zuladbar seien und mit dem neuen Modul das Material der beiden alten Dodges weitgehend ersetzt werden können.

Die Geschäftsprüfungskommission empfehle die Annahme des Geschäftes und damit die Gutheissung des Erwerbs des Mehrzweckfahrzeuges als auch der Kauf des Moduls.

Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Kreditantrag einstimmig zu. Auch in der EVP/glp-Fraktion sei man der Meinung, dass die beiden antiken Feuerwehrautos vom Typ Dodge ersetzt werden sollten, weil das Risiko von Pannen im Einsatz sowie erhöhte Reparaturanfälligkeit bestehe, die Technik generell veraltet sei und nicht zuletzt wegen der miserable Umweltverträglichkeit. Die EVP/glp-Fraktion finde es auch sinnvoll, dass mit dem Einsatz dieses effizienteren Fahrzeugs der Wagenpark verkleinert werden könne. Der Verzicht auf Gasantrieb sei ein Wermutstropfen, müsse aus technischen Gründen aber akzeptiert werden und die Wahl eines Dieselantriebs sei sicher ein valabler Kompromiss. Auch die Wahl eines auswärtigen Lieferanten sei verständlich, da es sich um eine hochspezialisierte Ausrüstung handle, die entsprechendes Know how voraussetze. Immerhin werde die lokale Garage aber trotzdem einbezogen.

Aysel Güler-Kaya, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion unterstütze die Vorlage einstimmig. Es sei ganz klar und sicherlich akzeptabel, dass die alten Fahrzeuge aufgrund hoher Reparaturkosten, dem enorm hohen Treibstoffverbrauch und entsprechendem Schadstoffausstoss nicht mehr tragbar seien. Die SP/GL-Fraktion hoffe, dass auch diese speziellen Fahrzeuge zukünftig mit Gasantrieb eine Alternative bieten.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Dem Erwerb eines Mehrzweckfahrzeuges vom Typ Mercedes-Benz Sprinter 515 DCI (Allradantrieb) wird zugestimmt.**
- 2. Der erforderliche Kredit von Fr. 210'000 (Kostendach inkl. MWSt) wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 440.506.09 "Ersatz Pi Fz 2 + 3" bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012; Kenntnissgabe

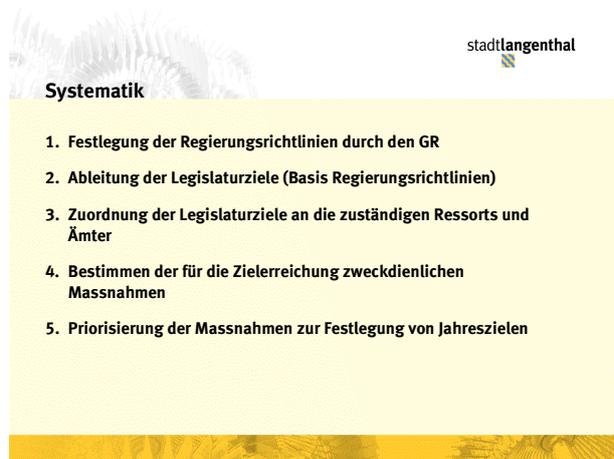
I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Daniel Rügger informiert, dass der Gemeinderat dem Stadtrat das Geschäfts lediglich zur Kenntnis gebe und somit keine Beschlussfassung stattfindet. Der Gemeinderat sei an Stellungnahmen der Fraktionen aber interessiert, weshalb die Fraktionssprechenden im Anschluss an die Berichterstattung von Stadtpräsident Thomas Rufener die Gelegenheit erhalten, sich zu äussern.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Langenthal habe wegen der sehr guten finanziellen Verhältnisse eine fantastische Ausgangslage. Aus diesem Grund, wenn auch nicht zuletzt deswegen, freue es ihn ausserordentlich am heutigen Abend die gemeinderätlichen Richtlinien für die Regierungstätigkeit der Legislaturperiode 2009 - 2012 näher vorstellen zu können. Er beziehe sich auf die Unterlagen, die im Rahmen des Aktenversandes an die Stadtratsaktenempfangenden verschickt worden seien.



Bevor er auf die effektiven Themenbereiche zu sprechen komme, trete er auf die Systematik des vorliegenden Richtlinienpapiers ein. Der Gemeinderat habe in den vergangenen Wochen als erste Massnahme die Festlegung der Regierungsrichtlinien sehr ausgeprägt und an mehreren dafür durchgeführten Klausurtagungen und zum Teil unter Einbezug der Amtsvorstehenden vollzogen. Die Regierungsrichtlinien würden auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit basieren. Es handle sich dabei um keinen Plan auf der grünen Wiese, sondern es sei eine Fortsetzung der abgelaufenen Legislatur 2005 - 2008.

Im Weiteren sei es darum gegangen die Haltung der Grundsystematik beizubehalten, um die Vergleichbarkeit zu früheren Perioden zu ermöglichen. Aus den Regierungsrichtlinien seien die Legislaturziele abgeleitet und diese den zuständigen Ressorts und Ämtern zugeteilt worden. Bezogen auf diese Legislaturziele würden jetzt zweckdienliche Massnahmen bestimmt, deren Priorisierung dann zur Festlegung der jeweiligen Jahresziele führe. Dieser Prozess befinde sich zur Zeit in der Abschlussphase.

An dieser Stelle könne er den Ball an die Referentin der EVP/glp-Fraktion, Stadträtin Anita Steier-Thaler, zum Traktandum Nr. 2 in Bezug auf die Anforderungen an den Verwaltungsbericht zurückgeben. Es sei absolut die Meinung des Gemeinderates, die Jahresziele künftig wieder aktiv zu bewirtschaften und in diesem Sinne jeweils auch Ende des Jahres den Stadtrat über den Stand der Erfüllung zu informieren.



Was die Strategie betreffe, so wolle der Gemeinderat die Stadt Langenthal als Raum mit einer hohen Lebensqualität und parallel dazu als auch attraktiven Wirtschaftsstandort erhalten und fördern. Und dies nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit auf der Basis einer ausgewogenen Finanzpolitik, die im Vordergrund stehe. Der Gemeinderat nehme Bezug auf alle Generationen und wolle auch die nachfolgenden Generationen von irgend welchen Belastungen bewahren. Er wolle die Verantwortung so wahrnehmen, wie auch die Leistungen der aktuellen Generation beansprucht werden.

Strategie

Der GR will

unsere Stadt erhalten und fördern

- als Raum mit hoher Lebensqualität
- als attraktiver Wirtschaftsstandort

nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit

- auf der Basis einer ausgewogenen Finanzpolitik
- für alle Generationen
- möglichst ohne Belastung für die nachfolgenden Generationen

Richtlinien der Regierungstätigkeit

THEMENBEREICHE

GESELLSCHAFT

Wohnqualität
 Mobilität
 Gesundheit
 öffentliche Sicherheit
 Partizipation
 Kultur
 Bildung
 soziale Unterstützung
 Gemeinschaft und Integration
 Chancengerechtigkeit
 Solidarität
 Freizeitgestaltung
 Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs
 Regionale Zusammenarbeit

WIRTSCHAFT

Einkommen
 Preise
 Existenzsicherung
 Arbeitsplätze
 Investitionen
 Verursacherprinzip
 Innovation
 Wirtschaftsstruktur
 öffentlicher Haushalt
 steuerliche Belastung

UMWELT

Artenvielfalt und Lebensräume
 Landschaft und Naturraum
 Energiequalität
 Energieverbrauch
 Klima
 Rohstoffverbrauch
 Wasserhaushalt
 Wasserqualität
 Bodenverbrauch
 Bodenqualität
 Luftqualität

In den heute vorliegenden Richtlinien sei einzig der Themenbereich 14 "Regionale Zusammenarbeit" in der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaft neu enthalten.

GESELLSCHAFT

1. Wohnqualität

Attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes fördern

- Innenstadt, Bahnhof
- Bekämpfung von Vandalismus, Pflege der Sauberkeit

Bauliche Entwicklung

- Förderung von qualitativ hochwertigen Bauformen

GESELLSCHAFT

2. Mobilität

Koexistenz zwischen Verkehrsteilnehmenden und Verkehrsträgern

- Verkehrskonzept überarbeiten
- Öffentlicher Verkehr ausbauen
- Weiterer Ausbau von „Park-and-ride“ prüfen
- Unterstützung des Autobahnzubringers



GESELLSCHAFT

3. Gesundheit

stadtlangenthal

Die Stadt wirkt subsidiär, durch

- geeignete Rahmenbedingungen
- Vorbildfunktion
- Förderung der Vereinstätigkeit
- Präventionsmassnahmen

GESELLSCHAFT

4. Öffentliche Sicherheit

stadtlangenthal

Umfassendes Sicherheitskonzept

- Optimale Ausgestaltung der vertraglichen Kooperation mit dem Kanton
- Ergänzung durch stadteigene präventive Elemente
- Objektive Sicherheit unterstützt ein hohes subjektives Sicherheitsempfinden
- Bekämpfung von Vandalismus, Raserei, exzessivem Verhalten

GESELLSCHAFT

5. Partizipation

stadtlangenthal

Aktiver Einbezug der Bevölkerung in das politische Geschehen

- Neuzuzügeranlass
- Jungbürgerfeier
- Sprechstunde Stadtpräsident
- Optimierung des Dienstleistungsangebots der Stadtverwaltung
- Pflege einer offenen und aktiven Informationspolitik

GESELLSCHAFT

6. Kultur

stadtlangenthal

Städtische Kulturförderung

- Rahmen für eine kreative und eigenverantwortliche Kultur gewähren
- Koordination unter den Kulturinstitutionen
- Weiterentwicklung der regionalen Kulturkonferenz

GESELLSCHAFT

7. Bildung

stadtlangenthal

Bildung als wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche Weiterentwicklung

- Schaffung eines Bildungsamtes
- Optimierung der Infrastruktur
- Auf- und Ausbau von Tagesbetreuungsmodulen
- Schulsozialarbeit prüfen
- Bzl stärken

GESELLSCHAFT

8. Soziale Unterstützung

stadtlangenthal

Hilfe zur Selbsthilfe

- Prävention
- Beschäftigungs- und Integrationsangebote
- Konsequente institutionelle Sozialhilfe
- Förderung der kommunalen Zusammenarbeit
- Missbrauch bekämpfen



GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

9. Gemeinschaft und Integration

Förderung der Möglichkeit zur Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft

- Wirkungsvolle Integrationsmassnahmen
- Ausbau der regionalisierten offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Stärkung der Pflege- und Betreuungsangebote für Senioren
- Prüfung von niederschweligen Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

10. Chancengerechtigkeit

Förderung der Chancengerechtigkeit

- Bedarfsgerechter Ausbau der familienergänzenden Kindertagesbetreuung

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

11. Solidarität

Netzwerk der sozialen Verantwortung

- Förderung von Freiwilligenarbeit
- Förderung von Arbeitsplätzen für weniger qualifizierte Arbeitskräfte

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

12. Freizeitgestaltung

Gute Voraussetzungen für sinnvolle Freizeitgestaltung schaffen

- Pflege und Optimierung der vorhandenen Infrastrukturen
- Unterstützung der Vereine
- Städtische Dienstleistungen zu vernünftigen Bedingungen anbieten

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

13. Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs

Angebot vorwiegend im näheren Stadtkern

- Breites Angebot vorhanden
- Förderung des Wochenmarktes
- Unterstützung von Aktionen zum Thema „Nachhaltige Versorgung“

GESELLSCHAFT

stadtlangenthal

14. Regionale Zusammenarbeit

Stärkung der Rolle von Langenthal als regionales Zentrum

- Mehr Verantwortung übernehmen in der Region für die Region
- Ausbau der bestehenden Zusammenarbeitsformen
- Respektierung der Autonomie der Nachbargemeinden



WIRTSCHAFT
1. Einkommen

stadtlängenthal

Die Stadt als Wirtschaftsfaktor

- als attraktive Arbeitgeberin
- als Bestellerin von Leistungen
- durch Auslösung von Investitionen
- mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen

WIRTSCHAFT
2. Preise

stadtlängenthal

Transparente und vernünftige Gestaltung der Entgelte für städtische Leistungen

- Kostendeckungsprinzip
- Mit Augenmerk auf eine hohe Wohn- und Wirtschaftsstandortsqualität
- Verlässlichkeit

WIRTSCHAFT
3. Existenzsicherung

stadtlängenthal

Vollzug der Gesetzgebung im Bereich der sozialen Existenzsicherung

- Ausbau der Qualitätssicherung in der Sozialhilfe

WIRTSCHAFT
4. Arbeitsplätze

stadtlängenthal

Erhalt von bestehenden und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen unterstützen

- mit optimalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
- durch Schaffung von strukturierten Austauschmöglichkeiten zwischen Wirtschaft und Gemeinderat
- als Arbeitgeberin, insbesondere auch für niederschwellige Arbeitsplätze

WIRTSCHAFT
5. Investitionen

stadtlängenthal

Investitionen mit Blick auf Nachhaltigkeit

- Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur – im Mittel Sfr. 4 Mio / Jahr (Abschreibungen gem. HRM)
- Weiterentwicklung der Stadt (Direktabschreibung zu Lasten Eigenkapital)

WIRTSCHAFT
6. Verursacherprinzip

stadtlängenthal

Prinzip der Übernahme der Infrastrukturkosten im Rahmen der in Anspruchnahme zur Deckung der Bedürfnisse im Gebührenbereich.

Erhöhung der Berechenbarkeit durch transparente, nachvollziehbare und verstetigte Gebührenmodelle.



WIRTSCHAFT
7. Innovation

stadtlangenthal

- Aktive Förderung des Design Gedankens
- Organisation und Weiterentwicklung der politischen Strukturen
- Überprüfung der Organisation der Stadtverwaltung
- Bereitschaft für eine offene Haltung gegenüber Neuerungen

WIRTSCHAFT
8. Wirtschaftsstruktur

stadtlangenthal

- Langenthal bleibt attraktiver Ort zum Wohnen und Arbeiten**
- Ohne direkte staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur
 - Mit Augenmerk auf hohe Wertschöpfung und Weiterentwicklung des Design Clusters

WIRTSCHAFT
9. Öffentlicher Haushalt und steuerliche Belastung

stadtlangenthal

Konsolidierung der langfristigen Strategie der Nachhaltigkeit

- ausgeglichener Finanzhaushalt
- Ordentliche Investitionsquote von SFr. 4 Mio./Jahr (Abschreibung nach HRM)
- Vornahme von zusätzliche Investitionen (Direktabschreibung zu Lasten des EK)
- Finanzierung von Steuersenkungen im Rahmen des 2007/08 erzielten Eigenkapitals

UMWELT

1. Landschaft, Lebens- und Naturraum und Artenvielfalt

stadtlangenthal

Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts

- Förderung und Erhaltung von naturnahen Lebensräumen
- Bekämpfung von eingeschleppten Tier- und Pflanzenarten

UMWELT

2. Energiequalität

stadtlangenthal

Förderung einer hohen Energiequalität

- Unterstützung des energieeffizienten Bauens (insbesondere betr. stadtene Liegenschaften)
- Bevorzugung von Erdgasfahrzeugen
- Prüfung des Bezugs von erneuerbarer Energie für die stadteigenen Liegenschaften



UMWELT

3. Energieverbrauch

stadtlangenthal

Langenthal ist Energiestadt

- Energiepolitisches Programm umsetzen
- Minergiestandard bei städtischen Liegenschaften, wo sinnvoll und möglich
- Umsetzung von punktuellen energiesparenden Massnahmen in stadteigenen Liegenschaften

UMWELT

4. Klima

stadtlangenthal

Klimaschutzmassnahmen im Rahmen der nationalen und internationalen Klimapolitik

UMWELT

5. Rohstoffverbrauch (Rohstoffwesen)

stadtlangenthal

Abfallbewirtschaftung im Fokus

- Informationsarbeit
- Ausbau von bedürfnisgerechten Separatsammlungen

UMWELT

6. Wasserhaushalt und Wasserqualität

stadtlangenthal

Wasser als Ressource von hoher Bedeutung

- Wirtschaftliche und umweltfreundliche Abwasserbeseitigung
- Grundwasserschutz

UMWELT

7. Bodenverbrauch

stadtlangenthal

Nachhaltiger Umgang mit dem Boden

- Landsparende Bauformen und angepasste Nutzungsdichten fördern
- Gemeinde übergreifende Bodenpolitik

UMWELT

8. Bodenqualität

stadtlangenthal

Bodenqualität erhalten

- Verhinderung von neuen Altlasten
- Vorhandene Altlastenstandorte kontrollieren
- Sanierungen von Altlastenstandorten, wenn notwendig



Lufthygienische Massnahmen umsetzen

- Im Rahmen des ordentlichen Vollzugs
- Durch stadt eigene Massnahmen, wie
 - Förderung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs
 - Informationskampagnen

Die Themenvielfalt zeige, dass damit die ganze Spannbreite abdeckt werde und dass nichts unbeachtet geblieben sei. Damit bestehe eine umfassende Grundlage womit die Legislaturziele einerseits und die jährlichen Jahresziele mit den entsprechenden Massnahmen andererseits definiert seien.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stelle fest, dass in den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009-2012 viele guten Vorsätze vorhanden seien. Langenthal könne selbstbewusst in die Zukunft sehen und sei gewillt in dieser Legislatur viele Projekte anzupacken und zu realisieren. Obwohl die SP/GL-Fraktion wohl wollend zur Kenntnis nehme, dass viele ihrer Anliegen in diese Richtlinien aufgenommen worden seien und sich auf deren Umsetzung freue, beziehe sie zu einzelnen Punkten Stellung:

- **Mobilität:** Dass der öffentliche Verkehr, der motorisierte Individualverkehr sowie der Langsamverkehr gleichermaßen gefördert werden soll, stelle ein Widerspruch dar. Der öffentliche Verkehr und der Langsamverkehr seien seit jeher ein grosses Anliegen der SP/GL-Fraktion. Die Stadt Langenthal müsse sich sputen, wenn sie hier den Anschluss nicht verlieren wolle. Vom Bund ignorierte Agglomerationsprogramme, der weit herum schäbigste Bahnhof, keine Bereitschaft auch nur die geringsten Anliegen der Velofahrenden zu berücksichtigen seien keine gute Referenz für eine nachhaltige Verkehrspolitik.
- **Öffentliche Sicherheit:** Dass sich der Fokus nur auf die öffentliche Sicherheit im polizeilich und polizeinah verstandenen Sinne richte, werde von der SP/GL-Fraktion nicht unterstützt. Sicherheit bedeute nicht nur Polizei in Vollmontur. Sicherheit sollte besser vernetzt werden. Wo Sicherheitsprobleme entstehen, sei vorgängig vielleicht verpasst worden, die richtigen Vorkehren zu treffen. Wo das Umfeld stimme, würden am wenigsten Probleme auftreten. Beispielsweise würden wiederholt Anlässe durchgeführt, welche wegen Pöbel, Gewalt und Vandalismus viele Sicherheitskapazitäten binde. Aktivitäten dieser Art müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Daneben würden viele guten und friedlichen Anlässe der Stadt kaum Anerkennung finden, obwohl diese oft noch mehr Besuchende anziehen und eine grössere Medienpräsenz aufweisen würden als die vorgenannten. Zu Gutem müsse Sorge getragen werden. Wo Gutes stattfinde fühle man sich sicher. Das habe vielleicht weniger mit der Polizei zu tun aber dafür um so mehr mit der öffentlichen Sicherheit.
- **Chancengerechtigkeit:** Gegenüber der familienergänzenden Kinderbetreuung mit minimal notwendigen Betreuungsstandards auf Basis der freiwilligen Arbeit wie sie in den Richtlinien vorgesehen sei, habe die SP/GL-Fraktion grosse Bedenken. Auch hier lasse die öffentliche Sicherheit grüssen. Die Qualität der Kinderbetreuung könne auf diese Art nach Meinung der SP/GL-Fraktion nicht gewährleistet werden.
- **Wirtschaftsstruktur:** Dass dazu keine Ziele genannt werden, sei sonderbar. Langenthal müsse aktiv agieren und Kontakte zu prosperierenden Firmen knüpfen. Einfach darauf zu warten, dass sich Firmen in Langenthal ansiedeln, könnte sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten rächen. Nämlich dann, wenn andere Städte in dieser Hinsicht aktiver werden um leerstehende Industriebrachen wieder zu besiedeln. Eine solche Passivität lasse sich später sicher nicht mehr auf die Schnelle korrigieren.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

- **Energieverbrauch:** Die Förderung von erneuerbaren Energien und energietechnisch sorgfältig umgesetzte Sanierungen von privaten wie auch von öffentlichen Gebäuden sei seit jeher ein zentrales Thema der SP/GL-Fraktion gewesen. Dementsprechend werde von der SP/GL-Fraktion verlangt, dass der motorisierte privat Individualverkehr als einer der grössten Energieverbraucher vermehrt energiepolitisch betrachtet werde.

Die SP/GL-Fraktion sei auf jeden Fall parat und motiviert, aktiv an der Umsetzung der Ziele 2009-2012 mitzuwirken.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion finde, dass die Regierungsrichtlinien in die richtige Richtung gehen und unterstütze diese.

In kurzen Zügen gehe sie auf einzelne Inhalte ein:

- Der Bericht enthalte wichtige Richtlinien zur Nachhaltigkeit. Nämlich die Kombination der qualitativen Entwicklung mit einer wirtschaftsfreundlichen Grundhaltung. Das sei sicher anspruchsvoll, aber wichtig, damit Langenthal Wohn- und Arbeitsstadt bleibe.
- Die Attraktivierung und Gestaltung des Stadtzentrums und des Bahnhofareals sei bereits erwähnt worden. Die EVP freue sich, dass die Schritte dazu dank der am 26. Juni 2006 erheblich erklärten *Motion Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bahnhofareals* eingeplant worden seien.
- Der Bereich Sicherheit müsse in der Stadt einen wichtigen Stellenwert bewahren, auch trotz der Kantonalisierung der Polizei. Die EVP/glp-Fraktion begrüsse, dass die Stadtregierung dem Thema Augenmerk beimesse und die Sicherheit noch weiter verbessern wolle.
- Die Regierungsrichtlinien würden auch die Umsetzung eines weiteren EVP/glp-Anliegens, die Schaffung eines Bildungsamtes (*Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2008 betreffend die Schaffung eines Amtes für Bildung innerhalb der Stadtverwaltung; erheblich erklärt am 18. August 2008*), verfolgen.
- Ein weitere Punkt sei auch der Ausbau der bestehenden Zusammenarbeit im Oberaargau. Langenthal dürfe und solle hier Führungsfunktion wahrnehmen und ernst nehmen. Die EVP/glp-Fraktion habe aber den Eindruck, dass im Bereich Stadtmarketing noch zu wenig unternommen worden sei und wünsche sich, dass das Stadtmarketing noch weiter ausgebaut werde. Es gebe beispielsweise Städte in ähnlicher Grösse wie Burgdorf, die eigens für diesen Bereich eine Stelle geschaffen hätten.

Die EVP/glp-Fraktion sei auf weitere Regierungs- und Verwaltungsreformen gespannt und erwarte in nächster Zeit konkrete Informationen über geplante Schritte.

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion: Vorweg und persönlich stelle er fest, dass der Gemeinderat auch viel Gutes mache. Er habe sich bei diesem Traktandum extra auf - seiner Meinung nach - Positives in den Regierungsrichtlinien konzentriert und habe dabei viele Sachen gefunden.

Im Namen der FDP/jll-Fraktion danke er dem Gemeinderat recht herzlich für die umfangreiche Arbeit und Präsentation. Die FDP/jll-Fraktion begrüsse die Initiative des Gemeinderates, dass dieser am Anfang der Legislatur solche Regierungsrichtlinien ausgearbeitet habe. Wichtig erscheine in diesem Zusammenhang nicht nur das vorliegende Resultat, sondern auch der Weg dazu und somit die Auseinandersetzung innerhalb der Regierung mit den verschiedenen Aufgaben, so dass nun eine Definition der gemeinsamen Marschrichtung festliege.

Die Aufteilung in die 35 Kapitel zeige einerseits die vielfältige Aufgabenstellung, andererseits würden die daraus resultierenden Ziele eine umfangreiche Liste darstellen, welche nicht leicht zu erfüllen sein werde. Die FDP/jll-Fraktion wünsche dem Gemeinderat dazu viel Erfolg und Durchhaltewillen und hoffe, dass der Stadtrat diesen Elan nicht mit der Einreichung von vielen Vorstösse schwächen werde.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Namens der FDP/jll-Fraktion kommentiere er 10 zufällig ausgewählte Punkte zu diesem sehr anspruchsvollen und sehr ambitionösen Richtlinienpapier:

■ Strategie:

- Auf der Seite 4 von 39 werde festgehalten, dass Mut zu Entscheidungen und Priorisierungen verlangt werde. Die FDP/jll-Fraktion begrüsse diese Haltung und werde die Umsetzung gerne verfolgen. Im vorliegenden Papier fehle die Priorisierung allerdings noch, welche gemäss Stadtpräsident Thomas Rufener in Arbeit sei.

■ Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaft:

- Im Zusammenhang mit der Wohnqualität werde der Bereich Bahnhof angesprochen. Die FDP/jll-Fraktion wünsche sich dieses Thema betreffend eine hohe Priorität. Zudem habe man erfreut festgestellt, dass das FDP/jll-Thema Littering ebenfalls Eingang in die Richtlinien gefunden habe.
- Dass unter dem Titel Gesundheit die Sportvereine - davon ausgehend, dass damit insbesondere der Breitensport und die Jugendförderung gemeint seien - genannt werden, liege ebenfalls auf der Linie der FDP/jll-Fraktion, die sich an dieser Stelle durchaus auch reduzierte Hallenmieten vorstellen könne.
- Unter dem Titel Partizipation werde die Optimierung der 1. August-Feier und die Öffnungszeiten der Stadtverwaltung angesprochen. Auch bei diesem Thema renne der Gemeinderat offene Türen der FDP/jll-Fraktion ein.
- Erfreulich sei, dass im Bereich Kultur die Vereine ebenfalls explizit erwähnt seien. Die Kulturvereine würden einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in der Region leisten. Deshalb sei dieses Angebot zu fördern. Ebenfalls als richtig erachtet werde die Feststellung, dass die Verantwortung für die Freizeitgestaltung bei jedem Einzelnen liege. Die Kultur- und Sportvereine in Langenthal würden dazu ein breites Angebot bieten. Die entsprechende finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand sei allemal billiger, als spätere Rehabilitations- und Reintegrationsprogramme.
- Die Erkenntnis, dass die Regionale Zusammenarbeit federführend in der Hand der Langenthaler Stadtregierung liegen müsse und nicht der Region Oberaargau überlassen werden dürfe, sei sicher richtig und sei kürzlich eindrücklich dokumentiert worden.

■ Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft:

- Unter dem Titel Einkommen werde die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Pensionskasse angesprochen. Die FDP/jll-Fraktion hoffe, dass dies nicht ein Lippenbekenntnis bleibe und verweise auf die Ausführungen von Stadtrat Markus Gfeller zum Traktandum Nr. 1
- Dass Investitionen im Rahmen der jährlichen Budgetierung und Investitions- bzw. Finanzplanung umgesetzt werden, sei zwar wenig innovativ, dafür aber realistisch. Die FDP/jll-Fraktion erhoffe sich eine Priorisierung und rasche Umsetzung, insbesondere der bereits seit langem pendenten Geschäfte.
- Zur steuerlichen Belastung schreibe der Gemeinderat, was die FDP/jll-Fraktion seit langem fordere: *"Die Konsumausgaben werden, unter Vorbehalt des Abbaus des seit dem Rechnungsjahr 2007 zusätzlich angehäuften Eigenkapitals, durch Steuereinnahmen finanziert. ..."* Die FDP/jll-Fraktion bitte den Gemeinderat, im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2010 darauf zu achten, dass die Steueranlage entsprechend diesem Grundsatz gesenkt werde und erachte einen Steuersatz von unter 1.40 als zwingend.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

■ Nachhaltigkeitsdimension Umwelt:

- Im Zusammenhang mit der Energiequalität erscheine der FDP/jll-Fraktion die Formulierung "Energietechnische Optimierung" richtig und sei dem Ausdruck "Maximierung" in jedem Fall vorzuziehen.

Im Namen der FDP/jll-Fraktion danke er dem Gemeinderat nochmals für die umfassende Analyse und die Berichterstattung. Die FDP/jll-Fraktion freue sich auf die Umsetzung der Ziele, welche zu einem grossen Teil übrigens auch im Parteiprogramm "Visionen 2020" enthalten seien.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion finde die Richtlinien für die Regierungstätigkeit 2009-2012 klar und ausgewogen und erachte sie als gute Grundlage für die nächsten vier Jahre. Die SVP-Fraktion danke dem Gemeinderat für die klare Darstellung und die umfangreiche Arbeit.

Zu den Titeln "Investitionen" und "öffentlicher Haushalt und steuerliche Belastung" in der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft halte die SVP-Fraktion fest, dass bei der Investitionstätigkeit ganz sicher wegen dem momentan herrschenden Umfeld eine gewisse Vorsicht angebracht sei. Die SVP-Fraktion sei nicht der Auffassung, dass das Eigenkapital, welches von der onyx in hundert Jahren erarbeitet worden sei, durch zu hohe Investitionen in vier Jahren abgebaut sein müsse. Die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass die Investitionen im Sinne der Nachhaltigkeit und ihrer Bedeutung auf das Eigenkapital ausgerichtet werden. Ein hohes Eigenkapital gebe Sicherheit und sei die beste Gewährleistung, den Steuersatz möglichst tief zu halten oder noch weiter zu senken.

Stadtratspräsident Daniel Rügger dankt allen Beteiligten für die geleistete grosse Arbeit, die in der Erarbeitung der Richtlinien für die Regierungstätigkeit 2009-2012 stecke und wünsche dem Gemeinderat zur Umsetzung viel Glück und gutes Gelingen.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Ehrenbürgerrechtsverleihung an Heinz Holliger, Oboist, Komponist und Dirigent

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Das Traktandum bereite ihm persönlich besondere Freude. Er lese kurz einen Passus aus dem Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 28. Mai 2009 (Presseauschnitt aus der Frankfurter Allgemeine) vor, der eine sehr gute Beschreibung von Herrn Heinz Holliger liefere: *"Kaum ein Kulturschaffender hat auf so vielen Gebieten gleichermassen derart Bahnbrechendes geleistet. Als Oboist hat Holliger seinem Instrument neue Ausdruckswelten erschlossen und dabei die Spielbarkeitsgrenzen enorm erweitert. Wer den Musikerklärer Holliger erlebt hat, wird seine beinahe einzigartige Fähigkeit, Musikfreunde selbst für die sperrigsten und komplexesten Zusammenhänge zu begeistern, bewundern. Als Dirigent hat er nicht minder überragende Verdienste..."*

Der gebürtige Langenthal Heinz Holliger wohne heute in Basel. Er habe am 21. Mai dieses Jahres den 70. Geburtstag feiern können. Der grossartige Oboist, Komponist und Dirigent gehöre zu den ganz Grossen der klassischen Musikwelt. Aus diesem Grund sei seine Agenda trotz seinen 70 Lenzen, die er habe feiern können, sehr reich befrachtet. Aus diesem Grund sei er heute auch nicht anwesend. Man wisse aber, dass er seine Jugendjahre hier in Langenthal verbracht habe, was von Frau Professorin Brigitte Bachmann Geiser, Musikwissenschaftlerin, in Form eines Buches beschrieben und gewürdigt worden sei. Die Veröffentlichung des Buches sei für nächsten Herbst mit einer Vernissage in Langenthal geplant, wo Heinz Holliger persönlich anwesend sein werde. Bei dieser Gelegenheit sei auch die offizielle feierliche Übergabe des Ehrenbürgerrechts vorgesehen.

Er würde sich wie - bereits eingangs erwähnt - ausserordentlich freuen, wenn der Stadtrat dem Antrag des Gemeinderates folgen würde und Heinz Holliger, einer grossen Langenthaler Persönlichkeit aus der Welt der klassischen Musik, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal verleihen würde. Er sei auch überzeugt davon und sicher, dass sich auch Heinz Holliger selber über die Geste der Stadt Langenthal sehr freuen würde.

Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion: Als sie im Internet auf der Suche nach Heinz Holliger "rumgesurft" sei, habe sie auf einem Finanzblog¹ folgenden Text gefunden: *"Musik verbindet. Musik kann aber auch die Geister trennen, denn nicht jeder liebt den gleichen Musikstil. Nur eines ist ganz sicher, Heinz Holliger ist - sagen wir es in unserer Finanzsprache - ein Anlagetipp der Weltklasse, Tendenz stark steigend."* Weiter habe sie in der Bachelorarbeit von Katharina Jing An Gebaur zum Thema "Heinz Holliger - Leben und Werk" geschmökert².

Über den mehrfachen Preisträger habe sie eine ganze Menge von Unterlagen gefunden. Sogar im Wikipedia³. Von Heinz Holliger als Mensch sei jedoch wenig zu finden. Dabei würde es sie doch interessieren, ob der begnadete Künstler Mitte der 40-er Jahre den im Jahr 1936 erbauten Kindergarten Winkel, in dem sie seit 20 Jahren unterrichte, besucht habe. Auch würde sie gerne wissen, was Heinz Holliger neben der Musik für Interessen gehabt habe. Sie hoffe, dass das Buch, das Brigitte Bachmann Geiser über Heinz Holliger geschrieben habe, ein bisschen mehr über den Mensch Heinz Holliger preisgebe.

Die SP/GL-Fraktion stimme dem Antrag des Gemeinderates, dem weltbekannten Langenthaler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen zu.

¹ <http://finanzblog.kaywa.com/20080521>

² <http://finanzblog.kaywa.com/files/Bachelorarbeit.pdf>

³ http://de.wikipedia.org/wiki/Heinz_Holliger



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Die Stadt Langenthal dürfe stolz darauf sein, dass ein so renommierter, international bekannter Musiker, Komponist und Dirigent seine Wurzeln in der Stadt Langenthal habe. An dem Ort habe Heinz Holligers erstes musikalisches Wirken und der Erfolg angefangen. Durch die Ehrenbürgerrechtsverleihung honoriere Langenthal als Heinz Holligers Geburts-, Kindheits-, Jugendstadt die immense Schaffenskraft dieses Musikers. Heinz Holliger werde die Ehrenbürgerschaft zu Recht zugesprochen. Für die Stadt Langenthal stelle diese Ehrung eine grosse Bereicherung dar. Langenthal dürfe sich am Erfolg und Lebensweg von Heinz Holliger mitfreuen. Ebenso werde der Ruf der Kulturstadt Langenthal gestärkt.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Herrn Heinz Holliger, geboren am 21. Mai 1939 in Langenthal, wohnhaft in Basel, wird das Ehrenbürgerrecht der Stadt Langenthal verliehen.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Stadtratspräsident Daniel Rügger unterbricht die Sitzung um **21.18 Uhr bis 21.30** Uhr für eine Verpflegungspause.



7. Motion Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Übertragung der Kompetenzen zur Festlegung der Gebühren für Wasser, Elektrizität, Erdgas und Kommunikationssignale an den Gemeinderat; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit Verweis auf die Akten nehme er vorweg, dass der Gemeinderat die vorliegende Motion mehrheitlich zur Ablehnung empfehle und an dieser Empfehlung auch festhalte, falls der Vorstoss in ein Postulat gewandelt würde.

Die Ausgliederung der Industriellen Betriebe in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt sei Anfang 2007 vollzogen worden und liege somit etwas mehr als zwei Jahre zurück. Damit seien die Industriellen Betriebe organisatorisch in einen eigenständigen Betrieb ausgegliedert worden, mit einem Verwaltungsrat an der Spitze der die operative sowie die strategische Führungsverantwortung innehatte und dafür gerade stehen müsse. Der Betrieb habe eigentlich ein eigenes Regime (beispielsweise ein eigenes Rechnungswesen, welches sich direkt am Finanz- und Kapitalmarkt finanziere). Die Schnittstellen zur Stadt seien im Organisations- und Gebührenreglement der Industriellen Betriebe (IBL) vom 18. September 2006, in Kraft seit 1. Januar 2007¹ geregelt.

Um den Aktualitätsbezug zur Motion herzustellen, weise er auf Elektrizitätsverordnung² hin. Im Rahmen dieser Umsetzung seien im letzten Jahr nach der Intervention des Bundesrates die Elektrizitätstarife neu definiert worden, was allen bekannt sein dürfte, weil schon mehrfach im Parlament darüber diskutiert worden sei. Im Rahmen dieser Tariffestlegung, die durchschnittlich zu einer Erhöhung von zirka 6% geführt habe, sei der Gemeinderat letztendlich auch in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde über die Industriellen Betriebe angesprochen gewesen. Zum Vergleich gebe es in der Schweiz noch andere öffentlich-rechtlich selbstständige Anstalten. Die beiden prominentesten seien die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) oder die Post. Auch bei diesen Betrieben würden Fragen betreffend die politische Einflussnahme in bestimmte Bereiche bestehen.

Der Motionär schlage vor, dem Gemeinderat die Kompetenz zu erteilen, die Gebühren über seine Genehmigungspflicht hinaus auch festlegen zu können. Daraus wäre abzuleiten, dass der Gemeinderat - unabhängig und unbesehen der betrieblichen Wirkungen auf die Industriellen Betriebe - Gebühren auch nach politischen Motiven festsetzen könnte. Und genau in diesem Punkt sei die Mehrheit des Gemeinderats der Auffassung, dass es sich damit um einen Eingriff in die Verantwortlichkeit des Verwaltungsrates der Industriellen Betriebe handeln würde, was mit Konsequenzen und Auswirkungen auf den Gesamtbetrieb verbunden wäre. Eine Direktbeteiligung der Industriellen am Finanzmarkt würde sich relativ schwierig gestalten, wenn eine politische Behörde Einfluss auf die Tarifpolitik nehmen würde, weil damit gerade für die Kreise, die die Mittel zur Verfügung stellen, ein relativ unberechenbarer Bereich entstünde.

Die Mehrheit des Gemeinderates vertrete die Auffassung, dass es sich damit um einen Eingriff in die Verantwortlichkeit des Verwaltungsrates handeln würde. Gleichzeitig habe sich der Gemeinderat auch mit der Vermischung der Kompetenzen in einzelnen Bereichen und der allgemeinen Aufsichtspflicht auseinandergesetzt. Der Gemeinderat erachte dies als relativ inkohärent, weil auf Sachen Einfluss genommen würde, die auf der anderen Seite gleichzeitig auch im Rahmen der Aufsichtspflicht verantwortet werden müssten.

¹ http://www.langenthal.ch/dokumente/reglemente/kapitel_12/12_1_r_org_und_geb_reglement_ibl.pdf

² <http://www.admin.ch/ch/d/sr/7/734.71.de.pdf>



Art. 27 Organisations- und Gebührenreglement der Industriellen Betriebe (IBL) sage aus, dass die Gebührentarife zu genehmigen seien, wenn sie den im Reglement festgelegten Grundsätzen über die Gebührenbemessung entsprechen. Auch hier werde nicht verhehlt, dass dies für den Gemeinderat nicht ganz einfach sei, da sich Fragen stellen, nach welchen Kriterien er die Genehmigungsprozesse durchführen solle. Fragen, ob es einen eigenständige Fachexperten der dies überprüfen könne, brauchen würde?, oder ob ein Auftrag nach aussen - verbunden mit den entsprechenden zeitlichen Konsequenzen - vergeben werden soll, würden sich stellen. Durch die Erfahrungen im vergangenen halben Jahr habe der Gemeinderat gewisse Schnittstellen erkannt und deren Überarbeitung (Reglement) in Betracht gezogen. Der Gemeinderat habe bereits einmal darauf hingewiesen und sei mit den Industriellen Betrieben diesbezüglich in Kontakt getreten.

Man könne die Fragen erweitern. Zum Beispiel

- Nach welchen Kriterien würde der Gemeinderat denn die Tarife festlegen?
- Wären sie politisch zu begründen?
- Wie weit ist die betriebswirtschaftliche Hinterlegung von Bedeutung?
- Wären, wie der Motionär anrege, zwischenzeitlich und in der Hoffnung auf bessere Zeiten auch defizitäre Gebühren zuzulassen und festzulegen?
- Müsste die Stadt für eine fachlich begründete Tariffestlegung eine eigene Fachkompetenz aufbauen, um die entsprechende Verantwortung auch wahrnehmen zu können die damit verbunden wäre oder soll sie diese bei externen Fachkreisen beschaffen?

Der Gemeinderat habe all diese Überlegungen gemacht und sei damit mehrheitlich zum Schluss gelangt, dass dies nicht der Weg sein könne.

Reto Müller: Stadtpräsident Thomas Rufener habe die Sicht der Mehrheit des Gemeinderates vertreten, wogegen er nur seine Sicht vertreten könne. Selten in Gesprächen, die er gehört habe, habe er den Gemeinderat so widersprüchlich erlebt wie in diesem Geschäft. Er beziehe nur Stellung zum soeben Genannten obwohl aus den Grundlagetexten fast ein "Zweihänder" ausgepackt werden könnte.

Die politische Einflussnahme sei kritisch. Diese Aussage löse auch bei ihm Fragen aus, auf die er heute vielleicht noch Antworten erhalte:

- Weshalb habe man dann die Industriellen Betriebe in eine öffentlich-rechtlich Anstalt umgewandelt?
- Warum sei das ein Mehrheitsentscheid des Volkes gewesen?
- Warum genehmige der Gemeinderat die Tarife Jahr für Jahr?

Die Meinung des Gemeinderates lasse durchblicken, dass man in diesem expliziten Punkte jetzt nicht in den Einflussbereich des Verwaltungsrates treten wolle. Man wolle - wie angetönt - nicht in die alte Ordnung verfallen, was man seiner Meinung nach auch mitnichten täte. Man habe die IBL damals so gemacht, wie sie sich in der heutigen Form darstelle, weil man nicht jeden Hister und nicht jeden Lifter im Stadtrat habe bewilligen wollen.

Die Tarife dagegen seien das Grundlegendste, worüber entschieden werden müsste. Aus seiner Sicht sollten diese Entscheidungen mit allen Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten im Gemeinderat gefällt werden können. Der Gemeinderat könne zwar sagen, dass er die Verantwortlichkeiten oder den Bereich nicht beeinflussen wolle, aber rein rechtlich sei es ganz klar so, dass für die IBL - in Erfüllung all ihrer an sie übertragenen Aufgaben - schlussendlich gleichwohl die Stadt hafte. Dass die Haftung bei der Stadt bleibe, der Gemeinderat die Tarife aber nicht bestimme und politisch auch keinen Einfluss nehme, sei schade.

Komisch sei auch, dass man sage, der Gemeinderat solle jetzt unabhängig und unbesehen der betrieblichen Umstände, die Tarife bestimmen. Diesbezüglich stelle sich ihm die Frage, ob sich der Gemeinderat wirklich traue - unbesehen der Umstände und der rechtlichen Grundlagen, die die Preise heute zu Tage gestalten - irgendwie Preise festzulegen, womit die IBL in irgend einer Weise gefährdet werden könnte?



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Bei der Vermischung der Kompetenzen gebe er dem Gemeinderat recht. Dort müsste eine neue Regelung gefunden werden. Allenfalls könnte in diesem Bereich vielleicht die nahe liegendste Lösung - wie es bei anderen Sachen auch sei (beispielsweise mit der Geschäftsprüfungskommission als Aufsichtsbehörde) - in Betracht gezogen werden. Auf die an ihn gerichtete Frage, ob die Stadt bzw. der Gemeinderat eine eigene (oder externe) Fachkompetenz aufbauen soll, antworte er mit JA bitte; wenn sie nicht vorhanden sei auf alle Fälle und zwar sofort!

Die Funktion der Aufsichtsbehörde sei angesprochen worden. Es sei gesagt worden, dass es nicht einfach sei, da sich Fragen zu den Kriterien des Genehmigungsprozesses stellen. Aus seiner Sicht sei der jetzige Zustand nicht tragbar. Wenn die Überprüfung und die Beurteilung der Tarife entsprechend den Grundsätzen schwierig sei, sei das Reglement schlecht und müsse verändert werden.

Seine Motion wäre ein Lösungsansatz, damit der Gemeinderat abschliessend über diese Tarife bestimmen könnte; natürlich aufgrund von ihm vorher vom Verwaltungsrat unterbreiteten Grundlagen und gelieferten Erklärungen. Wenn der Wille vorhanden wäre das schlechte Reglement zumindest auf Verbesserungen hin zu überprüfen, könnte der Vorstoss als Postulat angenommen werden. Er habe sich erschrocken - allerdings nicht wegen der ablehnenden Haltung des Gemeinderates zum Vorstoss - sondern darüber, was die Motion aufgedeckt habe. Er sei deshalb auch etwas enttäuscht, dass die Mehrheit des Gemeinderates etwas mutlos sei. Ihm persönlich würde es nicht reichen, einfach zu "wissen", dass alles den Grundsätzen entspreche.

Seine Motion sei dahingehend gemeint, dass die IBL zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt der Stadt würde, für die der Gemeinderat nicht nur die Verantwortung über die Preise, Tarife, Erfolge und Misserfolge zu tragen habe, sondern auch das Sagen hätte.

In gespannter Erwartung eines Meinungsaustausches im Rat behalte er sich vor, in einem weiteren Votum noch darauf hinzuweisen, wie die Thematik in anderen bernischen Industriellen Betrieben geregelt werde, die im Übrigen alle anders vorgehen als Langenthal.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Stadtrat Reto Müller seien die Hinweise zu Gute zu halten, dass es gewisse Probleme in der Gebührenfestsetzung als auch in der Rechnungslegung (die bei Industrielle Betriebe nach den Standards von SWISS GAAP FER erfolgen sollten) gebe. Offenbar seien gewisse Sachen, die bei der Anstaltsgründung festgelegt worden seien, heute nicht so umsetzbar, wie sie eigentlich vorgesehen gewesen wären.

Allerdings sei die SVP-Fraktion aber der Auffassung, dass das was Stadtrat Reto Müller gesagt habe, alles Schwachstellen einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt seien. Man habe sich für diese Rechtsform entschieden. Bei einer Aktiengesellschaft wäre das von Stadtrat Reto Müller Gesagte alles klar. Jetzt einfach alles über die Kompetenzen flicken zu wollen, weil man in Langenthal eine etwas schräge öffentlich-rechtliche Anstalt gebildet habe, mache die Sache nicht besser. Wenn man ehrlich wäre, müsste man heute sagen - wie dies auch andernorts der Fall sei - dass sich die angesprochenen Probleme nur damit lösen liessen, wenn wieder zum alten Zustand (Gemeindebetrieb) zurückgekehrt oder der Schritt in die Aktiengesellschaft mit klaren Verantwortlichen gemacht würde.

Mit der Idee die Kriterien für eine Gebührenfestsetzung nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln, wäre er nicht einverstanden. Im Stromversorgungsgesetz sei sowohl das Netznutzungsentgelt wie auch der nach betriebswirtschaftlichen Kriterien festgelegte Energiepreis bei festen Kunden geregelt. Für das Wasser gebe es ein kantonales Wasserversorgungsgesetz, welches die Grundzüge der Preisfestsetzung vorgebe. Die Kommunikation sei vollständig liberalisiert. Und was das Gas betreffe, so sei der Preis an den Ölpreis gebunden. Dementsprechend gebe es relativ wenig Möglichkeiten bei der Preisgestaltung. Diese Tatsache müsse sicher berücksichtigt werden. Die SVP-Fraktion sei deshalb der Meinung, dass die Probleme nicht über die Kompetenzen geregelt werden sollten, sondern, dass diese tiefgründiger anzugehen seien, wenn man denn mit der heutigen Darstellung der öffentlich-rechtlichen Anstalt nicht zufrieden sei.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Die SVP-Fraktion erachte die Stossrichtung des Vorstosses als falsch, obwohl gewisse Mängel vorhanden seien. Sie lehne deshalb die Motion ab und sei eigentlich auch nicht bereit über den Vorstoss in Form des Postulats zu diskutieren.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion habe den Vorschlag von Stadtrat Reto Müller eingehend diskutiert und bekunde gewisse Sympathien dafür. In Zeiten der Wirtschaftskrise sicherzustellen, dass die Stromtarife nicht auch noch ansteigen, töne verlockend. Auch die Idee, grösseren politischen Einfluss auf die Tarifpolitik der IBL zu nehmen, habe eine gewisse Berechtigung. Bei genauerer Analyse zeige sich aber, dass mit dem Vorschlag Entscheide, die im Stadtrat gefällt worden seien, teilweise rückgängig gemacht würden.

Im Jahr 2007 sei die IBL ausgegliedert worden. Zu dieser Ausgliederung gehöre, dass der IBL-Verwaltungsrat die Aufsicht über die Unternehmung wahrnehme, die Strategie der IBL festlege und auch die Gebührenhöhe besitze. Was wäre ein Verwaltungsrat, der zwar die Strategie und die Positionierung des Unternehmens bestimmen könne, nicht aber die Festlegung der Preise seiner Produkte? Wenn dem Verwaltungsrat der IBL die Verantwortung für die Gebühren entzogen würde, würden die vor kurzer Zeit vom Rat selber (mit der Zustimmung der SP/GL-Fraktion) festgelegten Spielregeln nach so kurzer Zeit geändert. Zudem würde der Vorschlag von Stadtrat Reto Müller bedingen, dass der Gemeinderat die von der IBL vorgeschlagenen Tarife auch seriös überprüfen und beurteilen könnte, was momentan ohne den Einbezug einer externen Fachstelle nicht möglich sei. Dass der Gemeinderat die Tarife der IBL aktuell aber einfach abnicke, erachte er persönlich jedoch als unverantwortlich.

Die EVP/glp-Fraktion möchte an den aktuellen Verantwortlichkeiten und Kompetenzen des IBL-Verwaltungsrates so kurz nach der Ausgliederung keine grundlegenden Veränderungen anbringen; um so mehr, da Erfahrungswerte noch fehlen. Die EVP/glp-Fraktion lehne deshalb den Vorstoss als Motion als auch als Postulat ab.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze aber die Optimierungen in der Gebührengenehmigung ausdrücklich, da der Gemeinderat in der jetzigen Form gar nicht in der Lage sei, seriös zu beurteilen, ob die vorgeschlagenen Gebühren gerechtfertigt seien.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion schliesse sich vehement der Haltung des Gemeinderates an. Die Gründe dafür seien teilweise schon genannt worden. Die FDP/jll-Fraktion wolle nicht bereits nach zwei Geschäftsjahren den ersten Rückschritt tätigen. Auch wolle die FDP/jll-Fraktion sicherlich kein defizitäres Unternehmen guteissen. Die FDP/jll-Fraktion wolle die selbstständige, ausgegliederte, autonome, öffentlich-rechtliche Gemeindeunternehmung der Stadt Langenthal durch den Verwaltungsrat der IBL nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und somit vom Organ - das nota bene vom Gemeinderat gewählt worden sei - führen lassen. Die FDP/jll-Fraktion wolle ein Unternehmen mit schlanken Strukturen und kurzen Entscheidungsprozessen, welches dem immer grösseren Marktdruck und auch der Liberalisierung die Stirne bieten könne.

Die FDP/jll-Fraktion verschliesse sich aber nicht, wenn Erkenntnisse zu Reglementsanpassungen in die Richtung von mehr Eigenverantwortung führen würden.

Reto Müller: Obwohl er einleitend schon zu sehr vielen Punkten Stellung bezogen habe, möchte noch kurz auf die gewisse Aussagen aus den Fraktionen eintreten:

- Die Preise wären nach wie vor nach betriebswirtschaftlicher Grundsätzen festzulegen.
- Ob die Behauptung stimme, dass mit der Aktiengesellschaft als Rechtsform alles besser wäre, könne er nicht beurteilen. Er werde dazu später Ausführungen zu anderen bernischen Industriellen Betrieben machen.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Anfang dieses Jahres sei der Aufschrei durch alle Parteien gross gewesen, als gesagt worden sei, dass der Strompreise massiv teurer werde. Mittlerweile werde nur noch von Steuersenkungen hier und Steuersenkungen da geredet. Über die Gebührensenkungen sei zwar viel geredet und viel gefragt worden. Und trotzdem scheine nun ausser der SP/GL-Fraktion niemand mehr bereit zu sein, wirklich etwas zu unternehmen und dem Gemeinderat eine entsprechende Handhabe zu bieten.

Beispiele bernischer Industrieller Betriebe:

- Die Industriellen Betriebe Interlaken seien eine Aktiengesellschaft. Der Verwaltungsrat lege die Preise fest. Die drei Vertragsgemeinden können jedoch sagen, wie hoch der Strompreis sein soll. Was darüber oder darunter liege, gehe entweder zu Gunsten oder zulasten der Gemeindekasse.
- Bei der ESAG Lyss sei die Definition nicht gemacht worden, dass Gewinn erzielt werden müsse. Das sei seiner Meinung nach wirklich sinnlos. Da man doch von Jahr zu Jahr festlegen könne, ob die Unternehmung (öffentlich-rechtliche Anstalt) Industrielle Betriebe Gewinn machen solle oder nicht.
- Biel habe offenbar die Energie nicht aufbringen können ihm innert einer Woche die Angaben zu liefern.
- Die Elektrizitätswerke Bern (EWB) seien eine öffentlich-rechtliche Anstalt und ähnlich organisiert wie Langenthal. Der Verwaltungsrat lege dort die Preise fest. Der Gemeinderat übe aber - laut Auskunft des Verantwortlichen - die Aufsichtspflicht sehr streng aus. Es gebe eine Preisüberwachung, welche die Preise überprüfe und eine Empfehlung zu Händen Gemeinderates abgebe. Der Gemeinderat stelle die Empfehlung den Vorschlägen der EWB gegenüber und gewichte und entscheide was Gültigkeit habe oder nicht. Der Gemeinderat bewillige die Preise und habe zudem ein Weisungsrecht, womit er seiner EWB sagen könne, dass der Strompreis beispielsweise nicht erhöht werden dürfe.

Obwohl er zur Kenntnis nehme, dass der Stadtrat von Langenthal am Beispiel der Stadt Bern kein Interesse habe, bleibe er am Thema dran.

Stadtpräsident Thomas Rufener: In der Beratung seien viele Bereiche, die Berührungspunkte darstellen, angesprochen worden, auf die er zurückkomme:

- Handhabung der Aufsichtspflicht: Seit dem Jahr 2007 hätten diverse externe Faktoren (Festlegung der neue Stromtarife, Intervention des Bundesrates) zur Senkung von Gebühren geführt. In diesem Bereich bestehe unbestritten noch Handlungsbedarf und die Überarbeitung des entsprechenden Reglementes sei im Gemeinderat ein Thema, nachdem man nun Fuss gefasst und Erfahrungen gesammelt habe.
- Fachkompetenz: Es gelte sich schon zu überlegen, ob die IBL als eine Gegnerin oder als eine Verbündete der Stadt gesehen werde. Je nach Ansicht heisse dies, dass die Stadt alle dafür notwendigen Kompetenzen wieder beschaffen müsste um die Beurteilungen sauber vornehmen zu können. Persönlich gehöre auch er zu denjenigen, die künftig auf externe Beurteilungen abstellen wollen. Momentan gehe es noch um die Einführung von Rhythmen zur Bereitstellung des dafür notwendigen Zeitbedarfs bei der Umsetzung.
- Ein wichtiger Punkt, mit welchem auch Einfluss genommen werden könne, sei in der Besetzung der Gremien. In diesem Bereich sei die Einflussnahme nach wie vor direkt möglich.
- Zum Beispiel der Industriellen Betriebe Interlaken mit den drei Vertragsgemeinden, die die Preise beeinflussen und am Schluss das Ergebnis über die Gemeinderechnung ausgleichen können, halte er fest, dass er sich damit in alte Zeiten zurückversetzt fühle, als die Gebührenpolitik noch nicht im gesetzlichen Rahmen betrachtet worden sei. Damals sei eine Festlegung nach Gutdünken erfolgt und Unpassendes über die Steuern abgewickelt worden sei.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen Nein gegen 11 Stimmen Ja (bei 3 Enthaltungen):

- 1. Die Motion Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Übertragung der Kompetenzen zur Festlegung der Gebühren für Wasser, Elektrizität, Erdgas und Kommunikationssignale an den Gemeinderat wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Motion Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Ausarbeitung einer Projektstudie für eine neue Kunsteisbahn/Curlinghalle unter Einbezug eines Hallenbades; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat vertrete gegenüber der Motion eine ablehnende Haltung. Im ersten Moment könnte man in guten Treuen zum Schluss kommen, dass das Ansinnen, eine Projektstudie für eine neue Kunsteisbahn an die Hand zu nehmen, im Rahmen der Voraussetzungen keine schlechte Idee wäre. Der Gemeinderat habe - insbesondere, weil er zur Kenntnis haben müssen, dass allenfalls auch noch ein Hallenbad in die Überlegungen einzubeziehen wäre - klar gesagt, dass das Begehren die naheliegendsten Aufgaben der Stadt sprengt und somit einem Wunschenken und einer Luxuslösung entspreche.

Die Investitionsplanung werde zum Ausdruck bringen, dass der Gemeinderat im Sinn habe, Konzeptstudien über die wichtigen Schlüsselgebiete der Stadt Langenthal in Angriff zu nehmen, ohne sich allerdings ausschliesslich auf die Thematik der Kunsteisbahn/Curlinghalle in Kombination mit einem Hallenbad zu fokussieren.

Gestützt auf diese Argumentation empfehle der Gemeinderat den Vorstoss in Form der Motion als auch in Form des Postulats abzulehnen.

Fritz Fiechter: Für die Stellungnahme zu seiner Motion danke er dem Stadtpräsidenten und dem Gemeinderat. Obwohl er wegen des Begehrens wahrscheinlich ein schlechtes Gewissen haben sollte, erlaube er sich gleichwohl etwas dazu zu sagen.

Seine Motion verlange nach einer Strategie bzw. nach einer Projektstudie über den Bau einer neuen Kunsteisbahn/Curlinghalle unter dem eventuellen Einbezug eines Hallenbades. Im 4. Abschnitt der Motion stehe, dass auch die Bedürfnisse der Schulen, der Vereine usw. abgeklärt werden sollen. Eine solche Studie würde eine gute Übersicht liefern, die zeige wo Sportanlagen inskünftig gebaut werden könnten. Auch würde damit ein Steuerungsinstrument geschaffen, welches es erlauben würde, bei konkreten Projekten oder bei Forderungen von Vereinen strukturiert vorzugehen und nicht jedesmal nur reagieren zu können.

Der Gemeinderat tue das Begehren als Wunschenken und als Luxuslösung ab. Dabei wolle er ja gerade das verhindern, indem er eine klare Planung über das ganze Gemeindegebiet verlange. Wichtig zu wissen wäre wo die Stadt stehe und was, wo realisiert werden könnte. Damit liesse sich auch verhindern, dass inskünftig Grundstücke veräussert werden, die in Betrachtung einer ganzheitlichen Planung vielleicht noch gebraucht würden. Interessant zu wissen wäre auch, wie viele Gebiete in den nächsten 10 Jahren für Projekte dieser Art freigegeben werden könnten.

Mit der Motion werde kein Hallenbad gefordert. Wenn aber die Thematik schon näher geprüft würde, könnten alle Infrastrukturmöglichkeiten, die für Langenthal als Hauptort der Region von Bedeutung sein könnten, einer Überprüfung unterzogen werden. Mit der Motion habe er verhindern wollen, dass unnötige innerbetriebliche Investitionen in die Kunsteisbahn gemacht werden.

Aus diesen Gründen bitte er der Erheblicherklärung der Motion zuzustimmen. Langenthal vergebe sich dabei nichts, vielmehr würde durch eine gute Planung die Tätigkeit des Gemeinderat unterstützt.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Bei der Motion gehe es um einen Sachverhalt, der für die Stadt Langenthal mit ihrer Zentrumsfunktion von einiger Wichtigkeit und Dringlichkeit sei. Die FDP/jll-Fraktion finde, dass die vorgeschlagene Motion mit ihrem Text bzw. ihrer Forderung zu ausschliesslich auf ein einzelnes Projekt, namentlich eben die Kunsteisbahn/Curlinghalle/Hallenbad, bezogen sei und somit nicht die Gesamthematik der Langenthaler Sport- und Freizeitstätten ins Zentrum dieses Vorstosses stelle. Der FDP/jll-Fraktion schein - wie in ihren "Visionen 2020" bereits dargelegt - wichtig, dass Langenthal ein Konzept sowie eine Prioritätenliste haben sollte, die aufzeigen wo, wie und wann die nötigen Investitionen in der Sportstätten- und Freizeitplanung angegangen werden sollen.

Mit ein paar Stichworten weise die FDP/jll-Fraktion auf nötige Investitionen und dringende Projekte hin:

- Die Eishalle Schoren stelle mit dem SCL ein besseres Provisorium mit etlichem Investitionsbedarf dar.
- Vereine, die nach Lösungen suchen: Der Tennisclub beispielsweise wolle das Land in der Dreilinden verkaufen und eine neue Anlage im Hard errichten, was aber offenbar in Bezug auf die Bauzonenkonformität problematisch sei. Auch der FCL mache sich Gedanken für neue Spielfelder.
- Das Stadttheater sollte jetzt endlich - ob in der Rechtsform einer Stiftung oder nicht - saniert werden können.
- Das Mühleareal
- Das Markthallenareal
- etc.

Natürlich gehöre die Lösung dieser Probleme nicht alle zu den Aufgaben der Stadt. Die Stadt sollte jedoch mit ihrer Haltung und ihrem Auftrag gemäss ihren Regierungsrichtlinien den Lead übernehmen und mit einer längerfristigen, zukunftsorientierten Planung auch dem Rückgang der Investitionen entgegenwirken. Der FDP/jll-Fraktion sei klar, dass auch das Stadtbauamt an Kapazitätsgrenzen stosse. Dem könnte aber mit Kapazitäten aus dem freien Markt entgegengewirkt werden.

Die FDP/jll-Fraktion begrüsse die Idee der Planung von Sportstätten in Langenthal, finde die Motion mit ihrem Text aber als zu eng gefasst und lehne den Vorstoss deshalb auch in Form des Postulats mehrheitlich ab.

Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion lehne die Motion ab, obwohl die Idee des Motionärs für eine Kunsteisbahn kombiniert mit einem Hallenbad an sich bestechend sei. Abgesehen von den erheblichen Kosten die damit verbunden wären, sei der Zeitpunkt für ein solches Vorprojekt und in seiner so konkreten Abfassung aber nicht reif. Die EVP/glp-Fraktion erachte noch zu viele Fragen in Bezug auf die Zukunft der Schorenhalle oder in Bezug die Bedürfnisse der Sportvereine, der Schulen und der ganzen Einwohnerschaft, als ungeklärt.

In diesem Sinne lehne die EVP/glp-Fraktion den Vorstoss in vorliegender Form zwar ab, sei aber doch der Meinung dass die Vision des Motionärs an sich interessant sei und längerfristig im Auge behalten werden sollte.

Fritz Fiechter: Eigentlich habe er mit seiner Motion genau das gewollt, was die FDP/jll-Fraktion und die EVP/glp-Fraktion entsprechend ihren Voten eigentlich unterstützen würden, nämlich eine ganzheitliche Abklärung betreffend die Planung von Sportstätten.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Er habe den Eindruck, dass über etwas geredet werde, das man möchte, was in der Motion jedoch anders geschrieben stehe!



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Nein gegen 10 Stimmen Ja (bei 2 Enthaltungen):

- 1. Die Motion Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Ausarbeitung einer Projektstudie für eine neue Kunsteisbahn/Curlinghalle unter Einbezug eines Hallenbades wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Motion Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Bau eines Aussichtsturms beim Wasserreservoir im Schorenwald; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat gehe grundsätzlich davon aus, dass Orte der Begegnung wie Sportanlagen, Spielplätze etc. für die Gesellschaft wichtig seien. Die Aussicht auf die Jurakette vom Turm beim Wasserreservoir im Schorenwald im Sinne der Motion wäre zweifelsohne schön. Bei näherer Betrachtung der Situation, sei der Gemeinderat aber zum Schluss gekommen, das Vorhaben aus folgenden Überlegungen nicht zu unterstützen:

- In erster Linie habe der Gemeinderat das Gefühl, dass es nicht bei einem Aussichtsturm allein bleiben würde. Es gebe zwar solche Aussichtstürme in der Schweiz, die seien jedoch meistens auf sehr abgelegenen Wanderwegen zu finden. Beim Aussichtsturm im Schorenwald würde es sich aber um einen Ort in unmittelbarer Nähe zur Stadt handeln. Das heisse, dass dieser Ort zu einem Treffpunkt würde, was einerseits zwar gewollt, andererseits aber zu unerwünschten Situationen führen könnte. Ausserdem müssten nebst dem Turm weitere Infrastrukturanlagen (Zufahrtsstrasse, Parkplätze, etc.) gebaut werden, wie das beispielsweise die Anlage des Hochwachtturms zeige.
- Auch über den Umstand der Örtlichkeit sei noch nicht gesprochen worden. Diese liege, um es vorweg zu nehmen, nicht im Eigentum der Stadt, sondern im Eigentum des WUL. Dementsprechend müsste auch noch die Bereitschaft des WUL's erwirkt werden, eine solche Anlage im Umfeld eines funktionierenden Reservoirs erstellen zu dürfen. Damit sei die grundsätzliche Umsetzbarkeit der Motion aus Sicht der Kompetenz des Gemeinderates schon in Frage gestellt.

Aus diesen Erwägungen heraus empfehle der Gemeinderat den Vorstoss in Form der Motion als auch in Form des Postulats mehrheitlich zur Ablehnung.

Fritz Fiechter: Die Motion bringe den Wunsch für einen Aussichtsturm zum Ausdruck. Der Schorenwald eigne sich sehr gut als Naherholungsgebiet. Mit dem Turm würde eine Rundschau auf die schöne Umgebung des Langetentals ermöglicht. Verschiedene Gemeinden im Kanton Bern hätten Türme dieser Art gebaut. Ihm sei von Anfang an klar gewesen, dass sich das Wasserreservoir nicht im Eigentum der Stadt befinde. Das sollte die Stadt Langenthal aber nicht daran hindern, die vorliegende Motion zu prüfen. Der Standort sei zentral und wäre mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch per Velo gut erreichbar. Verschiedene Gespräche hätten ergeben, dass der Bau eines Turms ein echtes Anliegen wäre und damit eine Möglichkeit bestünde etwas für die Bevölkerung - ähnlich der Anlage beim Hirschpark - zu machen.



Im Hinblick darauf, dass Langenthal im übernächsten Jahr das 1'150-jährige Jubiläum feiern könne, verweise er auf die sehenswerte Holzkonstruktion des Turms von Röthenbach der zum 850-jährigen Jubiläum der Gemeinde für Fr. 250'000.00 erstellt worden sei.¹

Der Bau eines Turmes wäre auch für Langenthal finanzierbar.

Selbstverständlich gebe es auch andere, teurere Modelle, wie die Holz-Metallkonstruktion des Gurtenturms.²



¹ <http://www.roethenbach.ch/turm.htm>

² http://knoll.emeise.de/proholz/deutsch/fachbeitraege/aussichtsturm-gurten/index_html



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Die Bedenken des Gemeinderats gegenüber einer solchen Anlage teile er nicht. Nur noch Sachen in der Stadt zu machen, welche die Leute dann doch nicht anziehe, sei nicht gut. Langenthal könnte dadurch so ausgestorben wirken, wie die Innenstadt von Burgdorf.

Er bittet die Stadträtinnen und Stadträte der Motion und somit im Prinzip einer Projektierung zuzustimmen. Mit der Zustimmung zur Motion sei ja noch nicht entschieden, ob der Turm gebaut werde oder nicht.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Ohne Fritz Fiechter, als alt gedientem Stadtrat nahe treten zu wollen, sehe er sich veranlasst auf den Unterschied, der zwischen einer Motion und einem Postulat bestehe (Art. 34 und 35 Geschäftsordnung des Stadtrates¹) und somit auf das Meccano, wie im Parlament kommuniziert werde, hinzuweisen.

Wie bereits beim vorangegangenen Traktandum habe Stadtrat Fritz Fiechter auch bei diesem Geschäft gesagt, dass er vom Gemeinderat erwarte, das Geschäft zu prüfen. Der Text der Motion laute aber: *"Der Gemeinderat wird verpflichtet einen Aussichtsturm beim Wasserreservoir im Schorenwald zu erstellen."* Mit der Erheblicherklärung der vorliegenden Motion würde der Gemeinderat somit nicht gebeten zu prüfen sondern verpflichtet beim Wasserreservoir im Schorenwald einen Aussichtsturm zu erstellen. Angesichts dieser Tatsache stelle sich die Frage, ob für das Begehren das richtige Instrument zum Einsatz gekommen sei.

Im Übrigen halte er fest, dass der Gemeinderat nicht gedenke Sachen zu bauen, in der Hoffnung, dass niemand sie nutze. Im Gegenteil. Der Gemeinderat habe sich diesbezüglich Gedanken gemacht und sei zum Schluss gelangt, dass das Ganze mit weiteren Angeboten garniert werden müsste.

Stadtratspräsident Daniel Rügger bittet Stadtrat Fritz Fiechter, der nochmals um das Wort ersucht, um Verständnis, dass die Geschäftsordnung des Stadtrates eine weitere Wortmeldung des Motionärs nach der abschliessenden Stellungnahme des zuständigen Mitgliedes des Gemeinderates nicht vorsehe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Nein gegen 10 Stimmen Ja (bei 5 Enthaltungen):

- 1. Die Motion Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Bau eines Aussichtsturms beim Wasserreservoir im Schorenwald wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ http://www.langenthal.ch/dokumente/reglemente/kapitel_02/2_1_r_geschaeftsordnung_stadtrat.pdf



10. Postulat Winzenried Timotheus (PNOS) vom 23. März 2009: Prüfung der Öffnungszeiten der Stadtverwaltung; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: In Anlehnung an die Richtlinien für die Regierungstätigkeit 2009-2012 als auch in Anlehnung an den Willen Bürgernähe zu suchen, sei der Gemeinderat ganz klar der Ansicht dem Stadtrat die Erheblicherklärung des Postulats zu empfehlen.

Timotheus Winzenried: Es könne nicht sein, dass die Gemeinde Dienstleistungen erbringe, deren Nutzung aufgrund der Öffnungszeiten aber enorm schwierig sei, wenn man als Arbeitnehmender nicht frei nehmen oder mit dem Arbeitgeber keine Lösung finden könne. Trotz der drohenden Finanzkrise gebe es halt doch noch Leute die Probleme haben frei zu erhalten. Die Stadt Langenthal wolle auch für Pendler attraktiv sein. Für jemanden mit Arbeitsort Bern beispielsweise und einer Arbeitszeit von 08.00 - 17.00 Uhr, gestalte sich ein Besuch auf der Verwaltung, die um 17.00 Uhr schliesse, aber problematisch. Aus diesen Gründen habe er das Postulat eingereicht und bitte um entsprechende Unterstützung.

Stefanie Loser-Fries, SP/GL-Fraktion: Berufstätige hätten es bereits persönlich erlebt, dass sich die Schalteröffnungszeiten der Stadtverwaltung mit den eigenen Arbeitszeiten überschneiden und darum Termine nur während der eigenen Arbeitszeit wahrgenommen werden können.

Aus den Unterlagen gehe hervor, dass sich der Gemeinderat bereits mit dem Thema befasst habe und die Öffnungszeiten erneut - wie in der Vergangenheit schon öfters passiert - auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüfen lassen wolle.

Die SP/GL-Fraktion habe prinzipiell nichts gegen die Prüfung der Öffnungszeiten. Die Fraktion sei aber - und habe das in der Vergangenheit auch immer gesagt - gegen die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Die SP/GL-Fraktion könne, wolle und werde diese Partei nicht als legitime Partei akzeptieren. Aus diesem Grund werde sich die SP/GL-Partei bei der Abstimmung zu diesem Vorstoss der Stimme enthalten.

Patric Opong, FDP/jll-Fraktion: Die Prüfung der Öffnungszeiten der Stadtverwaltung erscheine auch der FDP/jll-Fraktion sinnvoll. Die FDP/jll-Fraktion werde einstimmig für die Erheblicherklärung stimmen.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Auch die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat von Stadtrat Timotheus Winzenried einstimmig.

Persönlich finde er das Vorgehen der SP/GL-Fraktion sehr irritierend. Eigentlich müssten politische Ideen gut oder schlecht sein, wobei nicht entscheidend sein dürfte, aus welcher Küche sie stammen.

Im Rahmen der begonnenen Verwaltungsreorganisation sollten die Öffnungszeiten der Stadtverwaltung eingehend überprüft werden und eine Verlängerung an geeigneten Abenden in Betracht gezogen werden. Der EVP/glp-Fraktion erscheine es aber wichtig, dass sich allfällig verlängerte Öffnungszeiten an den Abendverkäufen der Langenthaler Geschäfte orientieren sollten. Dies sei beim Versuch in den 90er-Jahren nicht gemacht worden. Damals sei die Öffnungszeit am Donnerstag verlängert worden. Die EVP/glp-Fraktion vermute, dass dies und die ungenügende Kommunikation damals zum Scheitern des Versuches beigetragen haben. Mit verlängerten Öffnungszeiten an Abendverkäufen könnten die Bürger ihre Einkäufe mit der Erledigung einer Pendenz auf der Stadtverwaltung verbinden.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze zudem auch ausdrücklich die Idee eines Bürgerschalters. Diese Forderung habe die EVP Langenthal übrigens bereits im Wahlkampf des vergangenen Herbsts erhoben. Ein Bürgerschalter sei eine zentrale Anlaufstelle, in der man Auskunft zu allen Aufgaben der Verwaltung erhalte. Ein solcher Schalter wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer bürgernahen Stadtverwaltung im Dienste der Bevölkerung.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Damit würde ein direkter Kontakt zur Verwaltung ermöglicht, die ihre Dienstleistungen alle gleichzeitig anbieten könnte. Eine Herausforderung würde darin bestehen, Verwaltungsangestellte bzw. Generalisten zu finden, die Kenntnisse aller Verwaltungsbereiche besitzen. Dass dies nicht so einfach sei, zeige sich anhand des Scheiterns von Bürgerschaltern in anderen Gemeinden.

Zusammenfassend halte er namens der EVP/glp-Fraktion fest, dass verlängerte Öffnungszeiten Sinn machen könnten, wenn sie am richtigen Wochentag vorgesehen seien und mit der Einrichtung eines Bürgerschalters verknüpft wären.

Reto Müller: Als Parteipräsident der SP Langenthal weise er den Parteipräsidenten der EVP Langenthal, Stadtrat Daniel Steiner, darauf hin, dass die SP/GL-Fraktion schon sehr früh und sehr klar Stellung in Bezug auf die Akzeptanz der PNOS-Vertretung im Stadtrat bezogen habe. Die SP/GL-Fraktion halte an dieser Haltung - die sie sich auch von der EVP nicht zum Politikum machen lasse - fest. Die SP/GL-Fraktion sei ideologisch sonst nicht fixiert. Was aber das Thema PNOS betreffe, werde der beschlossene Standpunkt beibehalten. Die SP/GL-Fraktion entscheide selber in welcher Küche sie essen wolle und lasse sich auch gerne einladen. Sie behalte sich aber auch vor, gewisse Einladungen auszuschlagen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 12 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Winzenried Timotheus (PNOS) vom 23. März 2009: Prüfung der Öffnungszeiten der Stadtverwaltung wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Postulat Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Prüfung der Parkplatz-Ordnung beim Hirschpark an der Schützenstrasse; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Rolf Baer: Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären und halte dazu Folgendes fest:

1. Der Hirschpark befinde sich im Grundeigentum der Burgergemeinde Langenthal.
2. Für die Verwaltung bzw. die Betreuung des gesamten Tierparkareals sei der Verschönerungsverein Langenthal zuständig.
3. Die frühere recht prekäre Verkehrsführung habe mit der Übertragung des Verkehrsregimes an die Stadtpolizei wesentlich verbessert werden können. (Platzierung eines Parkverbots entlang der Fortsetzung der Schützenstrasse; Einrichtung von Einbahnverkehr bei der Ausfahrt Nord; Parkraumerweiterung).
4. Ein Behindertenparkplatz bestehe aktuell noch nicht.
5. Soweit möglich, werden die Verkehrsmassnahmen kontrolliert und allfällige Verstösse geahndet. Dies wäre insbesondere dann zeitverzugslos möglich, wenn die Anwohnenden Lärmbelästigungen oder Verstösse unverzüglich bei der Polizei melden würden.
6. Die Parkierungsanlage beim Tierpark sei nicht Bestandteil des Parkplatzbewirtschaftungskonzepts. Würde sie ins Konzept integriert, müsste sie der Parkzone 3 zugeordnet werden. Die Vorgaben wären klar: Die Parkplätze stehen den Benützenden der Sport- und Freizeitanlagen und des Naherholungsgebietes zur Verfügung und die Parkierung in der Parkzone 3 sei gebührenfrei.

Der Gemeinderat sei der Meinung, dass das Anliegen des Postulanten als Ergänzung zu den schon getroffenen Massnahmen prüfungswert sei. Unter Anderem gehe es dabei um die Bezeichnung spezieller Parkplätze für Behinderte, die generelle Überprüfung des Parkplatzregimes auf dem Gelände des Hirschparkareals und um die Verbesserung des Meldeflusses bei Lärmbelästigungen und anderer zweckfremdeter Aktivitäten.

Rudolf Lanz: Die Haltung des Gemeinderates sei erfreulich. Seine Stellungnahme beinhalte drei Anliegen:

- Parkplätze für Behinderte
- Bewirtschaftung der Parkplätze
- Massnahmen zur Reduktion von Umweltbelastungen

Die Rahmenbedingungen seien klar. Eine erhebliche Anzahl von ungeteerte Parkplätzen sei vorhanden, die sehr viel Staub entwickeln. Es gebe eine Schützenstrasse, die nicht jeden Verkehr aushalte. Es gebe Anwohnende die ab und zu gewisse "Sachen" entgegennehmen müssen, die nicht sehr "lustig" seien.

Gemeinderat Rolf Baer habe es richtig gesagt, dass vor Jahren mit der Einführung des Einbahnverkehrs, der Parkplatzerweiterung und der Platzierung des Parkverbots bereits sehr gute Massnahmen ergriffen worden seien. Mit der Installation des Behinderten-WC, das eben nicht nur von Behinderten sondern zweckentfremdet genutzt werde, hätten die Probleme angefangen. Für die Anwohnenden sei es beispielsweise nicht lustig am Morgen verbrauchte Kondome oder Anderes zusammenzulesen.

Positiv erachte er, dass der Gemeinderat spezielle Behindertenparkplätze einrichten wolle. Demgegenüber seien aber zu viele Autos auf dem Areal, weil die vorgegebenen Regimes vielfach nicht eingehalten werden (Parkierung im Eichenwäldchen oder bis zu den Kleinziegen). Es sei eine schlechte Lösung zu sagen, dass die Anwohnenden deswegen die Polizei informieren sollen, da es nicht die Aufgabe der Anwohnenden, sondern die der öffentliche Hand sei, dafür zu schauen, dass keine solchen Vorkommnisse passieren.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Dass die Zuständigkeit für das Areal bei drei Behörden (Bürgergemeinde, Verschönerungsverein und Polizei) liege, sei tatsächlich unglücklich. Reklamationen von Anwohnenden würden von einer Behörde der anderen zugeschoben, was nicht bürgerfreundlich sei.

Was für die Einen gut sei (Erholung, Freizeitgestaltung, Sport) dürfe für die anderen und somit die Anwohnenden nicht zu unerträglichen Belastungen führen. Diesbezüglich könnte man sich Massnahmen wie die Installation einer Barriere, die am Abend geschlossen würde, vorstellen. Damit könnten Rennen verhindert werden, es gäbe keine Lärmimmissionen und die Liebesdienste müssten auch an einem anderen Ort abgewickelt werden als dort.

Er danke dem Gemeinderat, dass dieser das Anliegen Ernst nehme und prüfen wolle und bitte das Parlament den Vorstoss auch zu unterstützen.

Luzia Bossard, SP/GL-Fraktion: Die Parkplätze für Autos von Menschen mit einem Handicap beim Hirschpark seien nötig. Wie aus den Akten entnommen werden könne, werde der Gemeinderat dies ziemlich rasch und unkompliziert umsetzen lassen.

Was die Parkplatzbewirtschaftung angehe, sei sie persönlich sofort dafür, dass auch die geprüft werde. In Langenthal gebe es noch weitere Orte, wo die Parkplatzbewirtschaftung eingeführt werden müsste. Sie denke dabei auch an die Badi, wo an heissen Tagen riesige Autolawinen anzutreffen seien. Die Badi unterliege allerdings bereits einer Gebührenpflicht.

Was die Liebespärchen beim Hirschpark betreffe, so sei es halt so, dass auch die sich die schönsten Plätze aussuchen, wie dies die Villenbesitzer am Hinterberg auch tun.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze die Erheblicherklärung des Postulats mehrheitlich.

Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig. Die EVP/glp-Fraktion erachte die im Postulat monierten Probleme als relevant und empfinde die vorgeschlagenen Massnahmen als prüfenswert. Insbesondere die Ausschilderung von Behindertenparkplätzen schein wichtig. Eine vermehrte Präsenz der Polizei zur Verhinderung von Missbräuchen wäre sicher ebenfalls sinnvoll.

Eine Bewirtschaftung der Parkplätze komme aufgrund geltender Gemeindereglemente offenbar nicht in Frage. Immerhin habe die freie Parkmöglichkeit ja auch einen gewissen liberalen Aspekt, der durchaus zu einem Freizeitpark passe.

Helena Morgenthaler: Mit dem von Peter Hegi und Sonja Märki verfassten Bericht würden die Antworten auf alle im Postulat gestellten Fragen vorliegen. In der Annahme, dass das Postulat erheblich erklärt werde, bitte sie den Gemeinderat, nicht mehr all zu viel Energie für dieses Geschäft aufzuwenden. Zum Einen liege - wie bereits erwähnt - eine vollständige Beantwortung der Fragen vor und zum anderen seien entsprechende Massnahmen, wie die Ausschilderung eines Behindertenparkplatzes, schon in die Wege geleitet worden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Prüfung der Parkplatz-Ordnung beim Hirschpark an der Schützenstrasse wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



12. Postulat Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Prüfung der Attraktivierung des Webauftritts des Stadttheaters; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat gehe mit der Postulantin einig, dass der Webauftritt für das Stadttheater in irgend einer Form für die Benutzenden praktisch wäre, um mit dem Stadttheater in Kontakt zu treten und es für das Stadttheater eine Bereicherung darstellen würde. Der Stadtrat sei bereits in Kenntnis davon, dass Bestrebungen laufen die Website der Stadt komplett zu redesignen. In diesem Zusammenhang böte sich auch die Möglichkeit entsprechende Module für einen Webauftritt des Stadttheaters zu installieren, was vom Gemeinderat unterstützt werde.

Anita Steiner-Thaler: Das Stadttheater werde nun bereits drei Stadtratssitzungen hintereinander thematisiert. Anlässlich der heutigen Sitzung gehe es nicht um das äussere oder innere Kleid des Stadttheaters, sondern um die Stärkung der Marktposition durch ein attraktives Marketing.

Langenthal habe sich zu einer attraktiven Kulturstadt des schweizerischen Mittellandes entwickelt. Das Stadttheater als ein Aushängeschild biete ein vielseitiges und aktuelles Programm, welches im Kontrast zum aktuellen Webauftritt stehe. Dieser sei lückenhaft und vermöge es nicht das gesamte Spektrum der Besucher anzulocken. Viele Besucher anderer Häuser seien es sich jedoch gewohnt Tickets online über das Web zu buchen und sich umfassend über den Spielplan informieren zu können. Kurzfristige Investitionskosten würden dabei deutlich höheren Besuchereinnahmen gegenüberstehen.

Mit ihrem Postulat plädiere sie für folgende zwei Punkte:

- Internetbasierende Ticketreservation: Es sollte ein vereinfachtes und überschaubares internetbasiertes Reservationssystem eingeführt werden. Damit würde der administrative Aufwand von Reservationseingebühren kleiner und Reservationen wären neu zeitunabhängig möglich.
- Eigene Internetplattform: Im heutigen Internetzeitalter sollte das Stadttheater die Gelegenheit eines eigenen Webauftritts dringendst anpacken. Vergleichbare Theater wie das Kurtheater Baden, das Stadttheater Olten oder das Theater Casino Zug würden bereits eine eigene Website besitzen. Eine eigene Internetseite wie beispielsweise das "*stadttheaterlangenthal.ch*" (diese Bezeichnung wäre übrigens noch frei) würde auf ein breites Interesse stossen. Ob der Auftritt schliesslich mit der neuen städtischen Homepage verlinkt oder sogar integriert werden soll oder nicht, gelte es zu prüfen. Wichtig sei, dass man via Google-Eingabe "Stadttheater Langenthal" auf einen ansprechenden und zeitgemässen Webauftritt stosse.

Die EVP/glp-Fraktion werde das Postulat unterstützen.

Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stehe hinter der Idee für das Stadttheater eine eigene Homepage zu führen. Vor allem könnte dadurch mit vernünftigem Aufwand ein jüngeres Publikum angezogen und angesprochen werden. Laut Stadtrat Hanspeter von Flüe seien bereits mehrmals Abklärungen für ein internetbasiertes Ticketing-System gemacht worden, welche immer zum Ergebnis geführt hätten, dass eine solche Lösung zu teuer wäre und auch mit dem heutigen System möglichst kundenfreundlich gearbeitet und auf Sonderwünsche eingegangen werde, was mit einer Internetlösung allenfalls verloren gehen könnte.

Die SP/GL-Fraktion rate von einer rein internetbasierten Lösung ab, weil sicher einige Theaterbesuchende ihre Tickets auch weiterhin telefonisch bestellen möchten.

Alles in allem sei die SP/GL-Fraktion grossmehrheitlich für die Erheblicherklärung des Postulats und sehe die Prüfung des Ticketing-Systems im Rahmen des geplanten Stadttheaterumbaus.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Prüfung der Attraktivierung des Webauftritts des Stadttheaters wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



13. Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausführung einer Begegnungszone im Bereich untere Marktgasse - Jurastrasse - Kreuzung Aarwangenstrasse bis vor die Einfahrt der Coop Einstellhalle unabhängig von einer allfälligen neuen Gestaltung der Kreuzung Jurastrasse-Aarwangenstrasse; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Strassenzug Jurastrasse und untere Marktgasse habe sich in den letzten Jahren markant verändert. Nach der Überbauung der unteren Marktgasse sei die untere Marktgasse neu gepflästert worden. In den nächsten Tagen werde die Sanierung des Hochtrottoirs in Angriff genommen. Der Gemeinderat habe Mut bewiesen, die Pflasterung nicht nur auf die untere Marktgasse zu beschränken, sondern sie bis zur Jurastrasse zu ziehen. Damit sei die Voraussetzung geschaffen worden einen Platz und somit eine verkehrsberuhigte Zone vor dem Chrämerhus zu verwirklichen, was dem Anliegen von Stadtrat Manuel Ischi entspreche.

Gleichzeitig habe sich der Gemeinderat auch sehr intensiv mit dem Knoten Aarwangenstrasse-Jurastrasse auseinandergesetzt. Die Einmündung habe einen recht schleifenden Winkel und sei recht unfallträchtig. Die Abklärungen hätten einige Zeit in Anspruch genommen und biete die Alternative einer T-Einmündung (damit wäre kein schleifendes Einmünden mehr möglich, sondern erforderte ein gerade-linigere, senkrechteres Einmünden auf die Aarwangenstrasse und hätte zur Folge, dass nicht mehr nebeneinander aus der Jurastrasse ausgefahren werden könnte) oder aber den Bau eines Kreisels, der doch recht viel Land beanspruchen würde und zulasten einiger Bäume ginge. Der Gemeinderat sei zum Schluss gekommen, die T-Variante jetzt zu realisieren - allerdings nicht in einer definitiven Form, sondern ohne unnötige bauliche Massnahmen zu treffen, die dann aus verkehrstechnischen Gründen zum Problem werden könnten. Ein Bericht und Antrag betreffend die Verkehrsberuhigungsmassnahmen auf der Jurastrasse inklusive den damit verbundenen baulichen Massnahmen sei unterwegs. Wenn der Gemeinderat diesem Vorschlag zustimmen könne, wäre die Voraussetzung geschaffen, dem Anliegen des Postulaten zu entsprechen.

Aus diesem Grund und aus der aktuellen Situation sei der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dem Stadtrat das Postulat zur Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung zu empfehlen.

Manuel Ischi: Gestützt auf Schilderungen aus der Bevölkerung heraus, habe er sich schon eine Weile mit der Thematik auseinandergesetzt. Trotz getroffener Vorabklärungen bei der Stadt und bei der Polizei, sei er zum Zeitpunkt der Einreichung des Postulats nicht darüber informiert gewesen, dass bereits Lösungsansätze für entsprechende Massnahmen speziell beim Chrämerhus bestanden hätten, womit die Voraussetzung für eine Verkehrsberuhigung im Sinne seines Postulats gegeben seien. Er habe damals in Erfahrung gebracht, dass eine Begegnungszone in Planung sei.

Der Stellungnahme von Stadtpräsident Thomas Rufener entnehme er, dass etwas laufe und etwas passiere. Dass der Vorstoss nun aber mit der Erheblicherklärung abgeschrieben werden soll, sei etwas störend, wenn man bedenke, dass am 25. Juni 2007 geschrieben worden sei: "*...Soweit die Bauarbeiten fertiggestellt sind, erfüllen sie die Bedingung zur Einführung einer Tempo-30 oder Begegnungszone.*", die Überbauung an der unteren Märitgasse aber bereits vor einem Jahr fertiggestellt worden sei. Eine Begegnungszone lasse sich natürlich nicht einfach nur mit ein paar "Bsetzi-Steinen" und einem Schildchen am Anfang und am Ende einrichten. Dazu brauche es bauliche Massnahmen, die das Fahren in schnellerem Tempo beispielsweise mit Fahrbahnverengungen oder Bumpers verhindern soll.

In Anbetracht der Stellungnahme des Stadtpräsidenten verzichte er darauf zu pochen, das Postulat ohne die gleichzeitige Abschreibung erheblich zu erklären. Er behalte sich aber vor, die Thematik weiterhin zu verfolgen und erwarte mit Spannung den Bericht, der an den Gemeinderat unterwegs sei.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausführung einer Begegnungszone im Bereich untere Marktgasse - Jurastrasse - Kreuzung Aarwangenstrasse bis vor die Einfahrt der Coop Einstellhalle unabhängig von einer allfälligen neuen Gestaltung der Kreuzung Jurastrasse-Aarwangenstrasse wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



14. Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung regelmässiger Teilnahmen an internationalen Aktionen zum nachhaltigen Umweltschutz und der Ergreifung proaktiver Massnahmen dazu sowie Prüfung der Institutionalisierung der 2007 durchgeführten Energiesparwoche in der Zeitspanne zwischen Earth Hour (Ende März) und Earth Day (22. April); Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Das Postulat stehe im Einklang mit den Regierungsrichtlinien des Gemeinderates sowie mit dessen Absicht und Bereitschaft übergeordnete Aktionen zu koordinieren. Aus diesem Grund und weil sich die Stadt im Rahmen des Labels Energie-Stadt ohnehin ständig mit möglichen Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich auseinandersetze, sei der Gemeinderat bereit das Postulat zur Prüfung entgegen zu nehmen.

Der Gemeinderat beachte dabei stets den Grundsatz der Verhältnismässigkeit zwischen Aufwand und Ertrag. Auch die Massnahmen zur Erreichung der Nachhaltigkeit selber sollten nachhaltig sein. Demnach soll die Prüfung nicht zu einem eigenen Projekt führen, sondern in die laufenden Arbeitenden und Aktionen eingebunden werden.

Manuel Ischi: Er habe die "Energiewoche" - die ja schon einmal durchgeführt worden sei, und die zeitmässig logischerweise zwischen Earth Hour (Ende März) und Earth Day (22. April) anzusiedeln wäre - eigentlich institutionalisieren wollen. Es gehe nicht darum, dass der Gemeinderat selber eine riesige Aktion mache, wodurch die Papierkosten und der Papierverbrauch den Nutzen einer "Energiewoche" übersteigen würden. Sondern es gehe darum, dass die Energiestadt Langenthal als Trägerin eines zukunftsorientierten Energiedenkens Firmen, Parteien, Vereinen eine Plattform bieten würde, um sich für dieses wichtige Thema einzusetzen und sich im Bereich einer solchen Woche auch etwas hervortun zu können. Er denke da an Firmen, die die Plattform nutzen könnten, um auf sich selber aufmerksam machen zu können.

Er danke dem Gemeinderat für die Prüfung und sei froh, dass die energietechnisch wichtigen Anliegen gutgeheissen werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Nein gegen 0 Stimmen Ja (bei 1 Enthaltung):

- 1. Das Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung regelmässiger Teilnahmen an internationalen Aktionen zum nachhaltigen Umweltschutz und der Ergreifung proaktiver Massnahmen dazu sowie Prüfung der Institutionalisierung der 2007 durchgeführten Energiesparwoche in der Zeitspanne zwischen Earth Hour (Ende März) und Earth Day (22. April) wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



15. Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung eines Verbots von Film- und Fotoaufnahmen durch die amerikanische Internetfirma Google (www.google.com) auf öffentlichem Grund (google street view) und von Massnahmen zu deren Durchsetzung; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Das Anliegen des Postulats gehe eigentlich aus der Interpretation des Gemeinderates in die Richtung, dass gewisse Vertraulichkeiten von Aufnahmen, die in der Öffentlichkeit verbreitet werden könnten, gewahrt bleiben sollten. Der Gemeinderat sei grundsätzlich auch dieser Ansicht, vertrete auf der anderen Seite aber die Auffassung, dass es nicht die Angelegenheit jeder einzelnen Kommune sein könne, sich damit auseinander setzen zu müssen.

Auf höherer Ebene passiere dies bereits, was aktenkundig sei und die Publikationen in der Presse zeigen würden, wie beispielsweise die Meldung vom 15. Juni 2009 in der Sendung 10 vor 10 unter der Mitwirkung des eidgenössischen Datenschutzbeauftragten, Hanspeter Thür. Dieser habe sich auf noch höherer Ebene eingeschaltet und in Absprache mit den EU-Datenschutzbeauftragten gewisse Auflagen zu Händen von Google formuliert. Auf dieser Ebene würden zur Zeit Überprüfungen laufen, wie weit Anonymisierungen sichergestellt werden könnten.

Der Gemeinderat sei der Meinung, dass das Problem nicht von der Stadt Langenthal gelöst werden könne, weshalb er dem Stadtrat die Ablehnung des Postulats beantrage.

Manuel Ischi: Einleitend verweise er auf den vom unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig Holstein verfassten Text gemäss dem ihm erteilten Auftrag "google-street-view" zu überprüfen¹: *"Was ist der Aussagewert der Bilder? Es wird ein optischer Rundumgesamteindruck vermittelt, ohne vor Ort anwesend sein zu müssen. Hiedurch erhält der Betrachter eine optische Vorstellung über die Art der Natur und der Bebauung. Die äussere Gestaltung von Haus, Wohnung, Garten mit Rückschlussmöglichkeiten auf Ausstattung, finanzielle Verhältnisse, soziales Niveau, städtebauliche Einbindung, Infrastruktur, wirtschaftlichen Wert, die Zugänglichkeit sowie die Diebstahlmöglichkeiten und Vieles mehr... ... Die Erhebung der Bilder für Street-View ist unzweifelhaft eine Verarbeitung personenbezogener Daten von Grundeigentümern, Bewohnern oder eventuell sonstigen Benutzern der erfassten Orte..."*. Weiter werde hervorgehoben, dass selbst eine Anonymisierung der Köpfe nicht ausreichend sei, weil eine Bestimmbarkeit von dieser Person gleichwohl erfasst werden kann, da der Ort, die Zeit und der Kamerastandort bekannt sei. Aus datenschützerischer Sicht reiche eigentlich schon eine subjektive Erkennbarkeit einer Person, um dies dem Datenschutzgesetz unterstellen zu können.

Einigen Ratsmitglieder wäre es bestimmt nicht recht, wenn an einem Mittwoch Nachmittag zwei Herren balkanmässigen Aussehens mit einer Kamera durch ihr Quartier laufen und munter die Häuser links und rechts der Strasse fotografieren würden. Er könnte sich vorstellen, dass diese Herren sehr resolut des Weges verwiesen würden, auch wenn diese sagen würden, dass das Fotografieren von öffentlichem Grund aus, auf ein Privatgrundstück erlaubt sei.

¹ <https://www.datenschutzzentrum.de/geodaten/20080930-googlestreetview-bewertung.htm>



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Wenn google-street-view flächenumfassend abgedeckt sei, werde es niemanden mehr brauchen, der fotografiert, weil alles bequem von zuhause vom Bildschirm aus oder mit seinem Handy über google-street-view eingesehen werden könne. Die Bilder würden sich so nahe zoomen lassen, dass die Adressen auf den Briefkästen, Beware of the Dog-Schilder oder die Beschaffenheit von Fenstern erkennbar seien. In England sei es bereits schon so weit gekommen, dass Einbruchserien mit google-street-view vorbereitet worden seien. Diese Szenarien seien zugegebenermassen etwas reisserisch. Es gehe aber um Datenschutz und um digitale Bilddaten. Jeder habe das Recht auf seine eigenen Bilddaten.

Wenn es nebensächlich wäre, was mit den Daten passieren könnte, weil sie gar nicht erst verfügbar wären, dann müsste die Diskussion über den Datenschutz gar nicht erst geführt werden. Der beste Datenschutz wäre nach wie vor gar keine Daten zu speichern oder zu erheben.

Gewisse Leute würden erfahrungsgemäss ziemlich fahrlässig mit ihren Daten im Internet umgehen (Social Communities, Facebook, etc.). Der eidgenössische Datenschützer habe heute zu recht wieder darauf hingewiesen, das man darauf schauen solle, was man für Daten von sich selber preis gebe. Der Schutz der Bürger vor Zugriffen, vor fremden Zugriffen sollte von der Kommune an die Hand genommen werden. In Deutschland und Griechenland habe der Widerstand auch in den Kommunen und Gemeinden angefangen. Dort sei auch nicht zuerst der Datenschützer aus Schleswig Holstein mit der Idee gekommen. In Griechenland sei es google-street-view mittlerweile schon landesweit verboten, Daten zu erheben.

Es gelte sich jetzt zu erheben und zu sagen, dass Langenthal halt einmal mehr der erste Ort sei, der etwas dagegen unternehme, wie es beispielsweise auch bei der UMTS-Antenne der Fall gewesen sei. Wie der Widerstand genau umgesetzt werden könnte, wäre eben im Zuge der Erheblicherklärung des Postulats zu prüfen. Er bitte an die Leute zu denken, die sich mit dem Internet noch nicht so auskennen und auch noch nicht wissen, was in der virtuellen Welt laufe. Denen gelte es unter die Arme zu greifen um zu verhindern, dass man ihnen später einmal helfen muss ihre eigenen Daten schwerfällig aus dem Web herauszulöschen, falls dies überhaupt noch und nicht nur theoretisch möglich sein werde.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Nein gegen 6 Stimmen Ja (bei 3 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung eines Verbots von Film- und Fotoaufnahmen durch die amerikanische Internetfirma Google (www.google.com) auf öffentlichem Grund (google street view) und von Massnahmen zu deren Durchsetzung wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



16. Postulat Stäger Christoph (glp) vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausrüstung der gedeckten Bushaltestellen mit Sitzbänken; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Weshalb es in Langenthal Bushaltestellen mit und ohne Sitzbänke gebe, sei nicht abgeklärt worden. Die Bushaltestellen in Langenthal seien vor einiger Zeit im Zusammenhang mit der Schaffung von Plaktierungsmöglichkeiten erstellt worden. Der Gemeinderat habe die Beantwortung des Postulats, welches an der letzten Stadtratssitzung eingereicht worden sei, sehr speditiv an die Hand genommen, weil er klar der Ansicht sei, dass das Anliegen prüfenswert sei. Aus diesem Grunde empfehle der Gemeinderat dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären.

Christoph Stäger: Schon vor einigen Jahren seien ihm bei einigen gedeckten Bushaltestellen fehlende Sitzgelegenheiten aufgefallen. Für ihn sehe das unfertig und ein bisschen armselig aus. Ein Blick über die Gemeindegrenze hinaus zeige, dass Langenthal diesbezüglich ein Unikum darstelle. In keiner noch so kleinen Gemeinde habe er so etwas beobachten können. Da er sich nicht vorstellen könne, dass da etwas vergessen worden sei oder, dass das Geld nicht gereicht habe, habe er bei der Bauverwaltung nach dem Grund gefragt und erfahren, dass es an der verfügbaren Trottoirbreite liege, welche mindestens 1.50 Meter betragen müsse.

Die Behebung dieses Problems erscheine ihm mittels der Installation von Klappvorrichtungen einfach lösbar. Im Rahmen der laufenden Reorganisation des Busnetzes sollte diese Manko behoben werden. Obwohl dieser Service eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, würde dies sicher zur Attraktivität des öffentlichen Verkehrs beitragen.

Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion unterstütze die Erheblicherklärung dieses Postulats einstimmig. Die Bushaltestellen ohne Sitzmöglichkeiten würden nicht nur einen leeren Anblick bieten, sondern zeige die Stadt auch nicht im besten Licht. Die SP/GL-Fraktion hoffe, dass sich das nun bald ändere.

Im Beschäftigungsprogramm MaxiMum würden sehr schöne Schreinerarbeiten ausgeführt. Die Erteilung des Auftrages an diese Adresse wäre doch doppelt sinnvoll...

In Langenthal gebe es sogar noch Bushaltestellen, die weder ein Dach noch eine Sitzgelegenheit hätten. Dort würden die Busbenutzenden im Regen stehen. Die SP/GL-Fraktion hoffe, dass auch bei diesen Haltestellen entsprechende Verbesserungen vorgenommen werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Ja (bei 1 Enthaltung):

1. Das Postulat Stäger Christoph (glp) vom 18. Mai 2009: Prüfung der Ausrüstung der gedeckten Bushaltestellen mit Sitzbänken wird erheblich erklärt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



17. Interpellation Fiechter Fritz (SP) vom 23. März 2009 betreffend die Schliessung von Arztpraxen; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Fritz Fiechter: Die Zusammenfassung der Interpellationsantwort enthalte die für ihn wichtigste Aussage, dass der Gemeinderat das Anliegen für sehr wichtig halte und es auch unterstütze.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 10. Juni 2009 und die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



18. Interpellation Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009 betreffend die Abgaben der Industriellen Betriebe (IBL) an die Stadt Langenthal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Rudolf Lanz: Er danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Wie den Stadträten Beat Sterchi und Reto Müller sei es auch ihm ein Anliegen, über die Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) zu reden, um dafür zu sorgen, dass die Gebühren nicht zu hoch würden und, dass die Abgeltung an die Stadt im gerechten Rahmen erfolge.

Ihm gehe es um die Transparenz in Bezug auf die übertragenen Werte an die IBL und den Ertrag für die Stadt daraus. Aus der Jahresrechnung gehe hervor, dass das Anlagevermögen bzw. das Verwaltungsvermögen der IBL zusammen etwa Fr. 3,8 Mio. ergebe. Wie den Antworten des Gemeinderates entnommen werden könne, sei nur die Elektrizitätsversorgung mit rund Fr. 51 Mio. bewertet, also ohne Gas, Wasser und Kommunikation. Wenn er sich eine Verzinsung im üblichen Rahmen so anschau, dann sei eine Verzinsung von Fr. 1,4 Mio. recht bescheiden. Und wenn man die EW Bern mit einem Umsatz von Fr. 450 Mio. und einer Abschöpfung von Fr. 35 Mio. (8.4%)¹ zum Beispiel nehme, dann zeige sich, dass Langenthal rund Fr. 4 Mio. abschöpfen könnte. Ihm sei es darum gegangen, eine Beurteilungsgrundlage zu erhalten, um zu prüfen ob Art. 13 gut sei oder nicht und um zu sehen, ob zukünftig etwas geändert werden müsse.

Er habe noch nie eine betriebswirtschaftliche Unternehmung gesehen, die den Gewinn festlege, bevor er erarbeitet worden sei, was in Bezug auf die zwei Komponenten (Leistungskomponente und Eigentümerkomponente) aber passiere. Diesbezüglich werde es künftig noch viel darüber zu reden geben, was aus den vorliegenden Antworten gemacht werden könne und ob die bestehende Regelung gut sei.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 10. Juni 2009 und die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ $450 - 35 = 315$ $35 = 8,4\%$ von 315 (EW Bern)



19. Interpellation Steiner Daniel (EVP) vom 23. März 2009 betreffend die Gründe für das Scheitern des Agglomerationsprogramms Langenthal beim Bund; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Daniel Steiner: In der Antwort zur Interpellation würden zwei Punkte aufgeworfen: Einerseits die grosse Tragweite des Agglomerationsprogramms und andererseits die Strategie des Gemeinderates. Er sei der Meinung, dass der Stadtrat zu diesen wichtigen Aspekten des Agglomerationsprogramms die Meinung kundtun und Stellung nehmen müsste.

Angesichts der späten Stunde (23.20 Uhr) bezweifle er, dass dem Antrag auf Diskussion des Themas zugestimmt würde. **Er stelle den Ordnungsantrag, das vorliegende Traktandum von der Traktandenliste abzusetzen und für die nächste Sitzung erneut zu traktandieren, damit eine breite Diskussion darüber stattfinden könne.**

- **Dem Ordnungsantrag von Stadtrat Daniel Steiner wird mit 22 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen) zugestimmt.**

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die Absetzung des Traktandums von der Traktandeliste der heutigen Sitzung und von der Neutraktandierung des Traktandums für die nächste Sitzung zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



20. Interpellation Güler-Kaya Aysel (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009 betreffend die gezielte Frühförderung von Kindern zur Verbesserung der Chancengleichheit; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Aysel Güler-Kaya: Sie danke dem Gemeinderat für die Beantwortung ihrer Fragen. Die Antworten seien kurz, bündig aber leider nicht ganz spezifisch, weil

- kein Konzept für alle betroffenen Kinder vorliege,
- die Antworten keine flächendeckende Lösung aufzeige und
- Langenthal immer noch ohne Strategie vorgehen wolle.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 20. Mai 2009 und die Ausführungen der Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



21. Interpellation Masshardt Nadine (SP) vom 23. März 2009 betreffend die Erhebung der Behindertengängigkeit der Langenthaler Kulturinstitutionen; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Nadine Masshardt: Angesichts der Zeit (23.25 Uhr) halte sie sich ganz kurz und danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Sie habe mit der vorliegenden Zusammenstellung nun diese Informationen erhalten, die sie sich eigentlich schon mit ihrer ersten Interpellation¹ erwünscht habe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 13. Mai 2009 und die Ausführungen der Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ Interpellation Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2008 betreffend den Bearbeitungsstand des Treppenlifts im Stadttheater; beantwortet am 23. März 2009, Traktandum Nr. 13



22. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Information über die Bewilligung eines Ausführungskredites zu Lasten der Investitionsrechnung betreffend die alte Mühle Stallung (Jugendhaus) gemäss Art. 71 Abs. 2 Stadtverfassung¹

Stadtschreiber Daniel Steiner: Der Gemeinderat habe am 13. Mai 2009 das Projekt für die Fundationsunterfangung und für die Sanierung der Fassadenrisse beim Jugendhaus genehmigt und dafür einen Kredit von Fr. 175'000.00 bewilligt.

Die ordentliche Kompetenzgrenze des Gemeinderates zur Bewilligung neuer einmaliger Ausgaben liege bei Fr. 150'000.00 (Art. 71 Abs. 1 Ziff. 3 Stadtverfassung). Da die Sanierung für die Nutzung und die Sicherung des Gebäudes unumgänglich sei, stelle der Kredit von Fr. 175'000.00 eine gebundene Ausgabe dar, über die der Gemeinderat den Stadtrat gemäss Art. 71 Abs. 2 Stadtverfassung hiermit in Kenntnis setze.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 71 Abs. 2 Stadtverfassung**

² *Der Gemeinderat hat den Stadtrat über von ihm beschlossene gebundene Ausgaben zu orientieren und diese zu publizieren, sofern die Ausgabe, wäre sie neu, seine Zuständigkeit überschreiten würde.*



23 A. Eingereichte Motion Zurlinden Urs und Bösiger Markus (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Vorlage eines Fahrplans für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes - falls nötig unter Beizug eines externen Planungsbüros

Motionstext:

"Fahrplan für den Bahnhof

Der Gemeinderat wird ersucht, einen Fahrplan für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes vorzulegen. Zudem ist ein Projektmanagement zu erarbeiten - falls nötig unter Beizug eines externen Planungsbüros.

Begründung:

Die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Langenthal ist ein Thema auf der langen Bank. Im Bewusstsein, dass das Projekt eine Vielzahl von verschiedenen Interessen, Eigentümern, Nutzern und entscheidungskompetenten Institutionen betrifft, ist viel Verständnis für zeitaufwändige Abklärungen und Vorarbeiten aufzubringen. Das heisst aber nicht, dass eine längst fällige Attraktivierung des Bahnhofplatzes auf unbestimmte Zeit hinaus verzögert werden darf.

Der Bahnhofplatz ist die Visitenkarte einer Stadt, die Eingangstür für Bahnreisende. Das gilt insbesondere für einen regional bedeutsamen Verkehrsknotenpunkt wie Langenthal. Zahlreiche Beispiele der jüngsten Vergangenheit belegen, wie andere Städte (Baden, Chur, Burgdorf) durch eine erfolgreiche Neugestaltung des Bahnhofareals deutlich an Attraktivität gewonnen haben.

Der Bahnhofplatz Langenthal besticht nicht nur durch eine nach wie vor ungelöste Verkehrsführung. Eine ästhetisch überzeugende Neugestaltung würde nicht zuletzt auch zur Förderung des öffentlichen Verkehrs beitragen.

Ein attraktiverer Bahnhofplatz ist seit Jahren fester Bestandteil der politischen Agenda. Diverse Vorstösse aus praktisch allen Parteien haben immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen. Jetzt ist die Vernehmlassung zum Masterplan Bahnhofareal abgeschlossen. Damit ist der Zeitpunkt gekommen zur konkreten, zeitlich fassbaren Umsetzung des Projektes Neugestaltung Bahnhofplatz.

Zusätzlich zum für die städtischen Behörden verbindlichen Fahrplan dient ein umfassendes Projektmanagement zur optimalen Vorbereitung des Projektes. Möglicherweise ist in diesem Zusammenhang die Durchführung eines Wettbewerbs angebracht.

Es muss nicht ein gläserner Baldachin sein. Aber der Bahnhof Langenthal kann und soll endlich attraktiver werden."

Urs Zurlinden, Markus Bösiger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



23 B. Eingereichte Motion Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen

Motionstext:

"Sportanlagen als Standortvorteil

Der Gemeinderat wird ersucht, ein Sportstätten-Konzept zu erarbeiten und die erforderlichen raumplanerischen Massnahmen zu ergreifen.

Begründung:

Langenthal geniesst den Ruf eines Schul- und Sportzentrums von überregionaler Bedeutung. Dazu beigetragen hat die weitsichtige Planung der Schul- und Sportanlagen im Kreuzfeld und im Hard. Die dortigen Anlagen tragen viel zum Standortvorteil Langenthals gegenüber anderen vergleichbaren Städten bei.

Sportanlagen sind wesentlicher Bestandteil einer herausragenden Wohn- und Lebensqualität. Das anerkennt auch der Gemeinderat, indem er in seinen «Richtlinien zur Regierungstätigkeit 2009 2012» unter dem Kapitel «Freizeitgestaltung» ausdrücklich auf die Sportanlagen hinweist, deren Unterhalt und Qualität nicht zu vernachlässigen seien.

Um den Standortvorteil zu erhalten, ist aber nicht nur das Angebot an bestehenden Sportanlagen zu erhalten und permanent zu überprüfen, sondern auch allenfalls neuen Bedürfnissen anzupassen. Dazu ist eine Bedarfsanalyse in enger Zusammenarbeit mit allen interessierten, privaten und öffentlichen Organisationen sinnvoll. Anzusprechen wären in erster Linie Institutionen von Langenthal, allenfalls aber auch der umliegenden Gemeinden. Ziel ist ein Sportstätten-Konzept, welches die bestehenden Angebote erfasst, bewertet und Raum lässt für neue Entwicklungen. Sollten sich daraus raumplanerische Massnahmen (Zonenplanänderungen) ergeben, wären diese umgehend einzuleiten.

Beispiele für neue Bedürfnisse im Bereich bestehender Sportanlagen könnten sein: die Eishalle auf dem Schoren, die Tennisanlagen Dreilinden, der Fussballplatz Rankmatte. Abzuklären wäre aber auch das Bedürfnis nach einem Hallenbad und weiteren neuen Sportanlagen.

Der Fall des Tennis Club Langenthal und seiner Absicht, eine neue Tennisanlage zu erstellen, belegt die Dringlichkeit eines Sportstätten-Konzeptes. Falls erforderlich ist deshalb ein aussenstehendes Büro mit dieser Aufgabe zu beauftragen.

Es muss nicht ein gläserner Baldachin sein. Aber der Bahnhof Langenthal kann und soll endlich attraktiver werden."

Urs Zurlinden, Fritz Fiechter und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



23 C. **Eingereichtes Postulat Ischi Manuel (gip) vom 29. Juni 2009: Auftrag zur Prüfung von Massnahmen, insbesondere das Programm Peacemaker, zur Gewaltprävention an Langenthaler Schulen**

Postulatstext:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zur Gewaltprävention an den langenthaler Schulen zu prüfen, insbesondere das Programm Peacemaker.

Begründung

Gewalt ist an den Schulen ein Dauerthema und durch die neusten Entwicklungen hat Gewalt in Form von Amokläufern ein Ausmass an Brutalität erreicht, das Schulen aber auch andere Akteuren zum Handeln veranlassen muss. Gewaltprävention muss nicht erst betrieben werden, nachdem es zu schweren Gewaltausbrüchen gekommen ist. Gewalt soll an seinen Wurzeln erkannt und behandelt werden. Gewalt lässt sich nicht verhindern oder unterbinden, wenn kein Bewusstsein für ihre verschiedenen Erscheinungsformen vorhanden ist. Das ABC der Gewalt wie die Überwindung durch rechtzeitiges erkennen und friedliche Konfliktlösung müssen genauso gelernt werden, wie das 1x1 oder das Schreiben. Wo fängt Gewalt, was ist Gewalt? Die Schüler sollen lernen Gewalt differenziert zu betrachten und ein Bewusstsein für Gewalt im Alltag entwickeln. Gewalt gibt es in vielen Facetten, von körperlicher, seelischer, sexueller, rassistischer Gewalt. Ganz subtil kann Gewalt z.B. als Stichelei anfangen und im Mobbing von Schülern oder Lehrern enden.

Um Gewalt zu überwinden braucht es aber nicht nur ein umfassendes Verständnis ihrer Entstehung und Erscheinungsformen sondern auch alternative Verhaltensmöglichkeiten. Gerade in Konfliktsituationen müssen neue Verhaltensmuster gelernt werden, so dass das Repertoire mehr beinhaltet als das Weglaufen oder Angreifen. Ziel ist es, Konflikte friedlich auszutragen, so dass alle Beteiligten am Ende als Gewinner dastehen.

Das ABC des Friedens muss genauso gelernt werden, wie das Rechnen oder das Schreiben. Das Mittel zur Umwandlung von einer Gewaltkultur hin zur Friedenskultur ist das Erlernen und anwenden von sozialen Kompetenzen. Diese müssen in der Schule bzw. schon im Kindergarten gelernt werden.

Deshalb trägt die Schule eine grosse Verantwortung, denn sie hat auch die Aufgabe eine solide Basis für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen, indem sie den jungen Menschen soziale Kompetenzen und Friedenskultur vermittelt.

Was ist das Programm Peacemaker?

Das Programm «Peacemaker» <http://www.ncbi.ch/proQPeacemakers.html> hat zum Ziel, die anhaltende Gewalt an Schulen abzubauen und ihr vorzubeugen. Während einer Projektwoche zum Thema Gewalt und Frieden lernen von der Klasse gewählte Schülerinnen, in hitzigen Situationen auf dem Pausenplatz mit kühlem Kopf schlichtend einzuschreiten und die Lage zu entspannen.

Das Programm «Peacemaker» ist seit mehr als 10 Jahren aktiv, in der gesamten Deutschschweiz wurden rund 80 Schulen bis jetzt erreicht. Rund zehn davon waren im Kanton Bern :Bellmund, Bern Gäbelbach, Jegenstorf, Oberscherli, Ostermundigen-Rothus, Schliern, Twann, Utzenstorf, Worblaufen-Altikofen. In Reichenbach im Kandertal wird im kommenden Schuljahr ein neues Projekt lanciert. Die Projekte sind an diesen Schulen zwischen 1 und 7 Jahren gelaufen.

In der Regel begleitet NCBI (National Coalition Building Institute) Schweiz eine Schule während 2 - 4 Jahre bei der Umsetzung des Projekts und unterstützt sie dabei, das Projekt in dieser Zeit in den Schulalltag zu integrieren und in die Schulkultur hineinwachsen zu lassen. Die Projekte werden nach dieser Zeit von der Schule selbständig weitergeführt.



Die Erfolge sind schwierig nachzuweisen, da eine wissenschaftlich aussagekräftige Evaluation sehr aufwändig ist. NCBI ist im Moment gerade mit der PH Zürich im Gespräch darüber, eine solche trotzdem durchzuführen. Die beteiligten Schulen sind aber in der grossen Mehrzahl davon überzeugt, dass das Projekt mittelfristig zu einem Rückgang der Gewalt an ihrer Schule führt und dass die Schüler/innen besser mit Konfliktsituationen umgehen können.

Die Finanzierung wird in der Regel durch die Standortgemeinde übernommen. In gewissen Fällen wurden zusätzliche Projektgelder (z.B. Gesundheitsförderung) gesucht.

Der konkrete Ablauf des Projektes an einer Schule ist im folgenden Dokument kurz skizziert: http://www.ncbi.ch/pdf/ablauf_pm.pdf

Was sind die Ziele eines Peacemaker-Projektes?

- *Die ganze Schule setzt sich mit dem Thema "Frieden" auseinander - auf der persönlichen, der Klassen- und der Schulebene*
- *Bewusstseinsförderung und Sensibilisierung der schulhauseigenen Streitkultur und Gewaltdynamik*
- *Auseinandersetzung mit Definitionen von «Gewalt»; Schärfung des Blicks für die Gewaltarten, die an der eigenen Schule vorkommen*
- *Entwicklung der gewaltfreien Konfliktlösungsfertigkeiten der Schülerinnen und der Lehrkräfte*
- *Ausbildung und Begleitung einer Gruppe interessierter und motivierter Schülerinnen als Friedensstifter/Innen, ohne sie in dieser Funktion zu überfordern*

Wer eignet sich als Peacemaker?

Gute Peacemaker sind Schülerinnen und Schüler, die ...

- *bereits Frieden gestiftet haben*
- *fair sind und gut zuhören können*
- *mutig sind und ihre Meinung zu sagen wagen*
- *daran interessiert sind, Konflikte ohne Gewalt zu lösen*
- *die Vielfalt unter den Schülerinnen und Schülern*

repräsentieren - also Buben und Mädchen, verschiedene Nationalitäten, verschiedene Interessen und Hobbies, verschiedene Gruppen auf dem Pausenplatz ...

Was sind die Aufgaben der Peacemaker?

Die Peacemaker haben als wichtigste Aufgabe zu versuchen, jede Woche mindestens einmal bei einem Konflikt auf dem Pausenplatz oder in ihrer Klasse konstruktiv einzugreifen. Dabei werden Sie von den Betreuungspersonen und den Lehrkräften unterstützt.

- *Peacemaker-Arbeit ist freiwillig.*
- *Peacemaker sind keine Polizisten - sie patrouillieren nicht auf dem Pausenplatz, bis sie einen Streit gefunden haben, sondern machen Pause wie alle anderen auch.*
- *Peacemaker sind keine Richterinnen - sie urteilen nicht, wer schuldig ist und verhängen keine Sanktionen.*
- *Peacemaker sind keine Lehrkräfte - sie ersetzen nicht die Pausenaufsicht.*
- *Peacemaker können anderen Schülerinnen und Schülern dabei helfen, für ihre Konflikte konstruktive und friedliche Lösungen zu finden.*
- *Peacemaker bieten ihre Hilfe an - die Streitenden entscheiden, ob sie dieses Angebot annehmen wollen*
- *Peacemaker sind fair - sie ergreifen nicht Partei für die eine oder andere Seite.*



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

Informationsquellen:

- http://www.ncbi.ch/prog_peacemakers.html
- http://www.ncbi.ch/pdf/ablauf_pm.pdf
- http://www.ncbi.ch/pdf/PM-Infoblatt_Lehrkraefte.pdf
- http://www.ncbi.ch/pdf/artikel_pmallg.pdf
- http://www.ncbi.ch/pdf/Peacemaker_tagi.pdf
- <http://www.migros-magazin.ch/index.cfm?id=14341>
- [http://www.fricktal24.ch/Details.1512.0.html?&tx_ttnews\[swords\]=peacemaker&tx_ttnews\[tt_news\]=18579&tx_ttnews\[backPid\]=1514&cHash=d3b6f48c92](http://www.fricktal24.ch/Details.1512.0.html?&tx_ttnews[swords]=peacemaker&tx_ttnews[tt_news]=18579&tx_ttnews[backPid]=1514&cHash=d3b6f48c92)
- <http://www.ncbi.ch/pdf/Coopzeitung.pdf>."

Manuel Ischi

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



23 D. Eingereichte Interpellation der SP/GL-Fraktion vom 29. Juni 2009 betreffend die Schliessung des Therapiebades im Alterszentrum Lindenhof

Interpellationstext:

"Die Schliessung des Therapiebades im Alterszentrum Lindenhof, welches auch für Externe zu therapeutischen Zwecken genutzt werden konnte, hat innerhalb der SP Langenthal Fragen ausgelöst. Wir bitten den Gemeinderat deshalb höflichst, hierzu Stellung zu beziehen.

- 1. Wie hat der Gemeinderat von der Schliessung erfahren und wurden mit den Verantwortlichen des Alterszentrums einer möglichen Weiterführung betreffend direkte Gespräche gesucht?*
- 2. Wie hoch schätzt der Gemeinderat das Bedürfnis in der Stadt nach einem Therapiebad ein?*
- 3. Welche möglichen Alternativen ergeben sich für die bisherigen Nutzerinnen und Nutzer nach der Schliessung?*
- 4. Wie wäre es aus Sicht des Gemeinderates möglich, das Therapiebad weiter zu betreiben?*
- 5. Welche Kosten kämen bei einer Weiterführung einmalig und pro Jahr auf die Stadt zu? Unter welchen Umständen wäre es aus Sicht des Gemeinderates sinnvoll, trotz der anfallenden Kosten, dieses Angebot aufrecht zu erhalten?*
- 6. Könnte sich der Gemeinderat einen Neubau eines Therapiebades vorstellen? Könnte ein Therapiebad dem Schwimmbad zwecks Nutzung gemeinsamer Ressourcen und Teilung von Kosten angegliedert werden?"*

SP/GL-Fraktion

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



23 E. Eingereichte Interpellation Bossard Luzia (SP) vom 29. Juni 2009 betreffend sichere Schulwege (Installation einer Ampel über die Mittelstrasse/Schulanlage Kreuzfeld)

Interpellationstext:

"Sichere Schulwege

Mit einer Petition gelangen besorgte Eltern in Langenthal an die Stadt. Sie fordern damit eine Ampel an der Mittelstrasse, wo mehrmals täglich viele Kinder aus dem Rumiquartier die Strasse überqueren müssen, um zum Schulareal Kreuzfeld zu gelangen. Mit ihrer Sorge um die Sicherheit ihrer Kinder werden sie aber allein gelassen, und sie bekommen keine Unterstützung oder Alternative, die eine grössere Sicherheit gewähren könnte. Es kommt nicht einmal zu einem Gespräch zwischen der Stadt und den Eltern. Dabei haben innert kurzer Zeit über hundert Eltern die Petition unterschrieben.

Die Mittelstrasse als gefährliche Überquerungsstrasse für Kindergarten - und Schulkinder war und ist immer wieder Thema. In den letzten Jahren wurde im Rumiquartier ja rege gebaut. Viele junge Familien sind dort mit kleinen Kindern eingezogen. Schön für unsere Stadt, die sich selber auch als Familienstadt bewirbt. In den letzten Jahren hat aber auch der Autoverkehr und die Raserei zugenommen, so dass es nichts Schlimmeres für Eltern gibt, als täglich zu bangen und hoffen, dass ihre Kinder heil nach Hause oder in die Schule kommen.

Ich bitte den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wie geht der Gemeinderat mit eingereichten Petitionen und deren Initiantinnen um?*
- 2. Was genau hat die Stadt aktuell abklären lassen nach Einreichung der Petition?*
- 3. Wer wurde zu den Abklärungen der Verkehrssituation an der Mittelstrasse beigezogen und wann wurden sie gemacht?*
- 4. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, die Überquerung an der fraglichen Stelle für die Kinder sicherer zu machen?*
- 5. Wie will der Gemeinderat in dieser Sache dem Anspruch gerecht werden, eine Familienstadt sein zu wollen?*
- 6. Welchen Anspruch und welche gestalterische Verpflichtung hat der Gemeinderat bei den Schulwegen?*
- 7. Wie regelmässig analysiert der Gemeinderat die Sicherheit der Schulwege aufgrund veränderter Bedingungen (Neubauten, Mehrverkehr) und wie setzt er die dabei gewonnenen Erkenntnisse um?"*

Luzia Bossard

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



23 F. Eingereichter Antrag von Steiner Daniel (EVP) vom 29. Juni 2009 betreffend Traktandierung der Vergabe des Ratskredits an einer der nächsten Stadtratssitzungen

Antragstext:

"Traktandierung der Vergabe des Ratskredits

Dem Stadtratspräsidenten wird beantragt, das Traktandum «Vergabe des Ratskredites durch den Stadtrat» in die Traktandenliste einer der nächsten Stadtratssitzungen aufzunehmen.

Begründung:

Gemäss Art. 61 Abs. 2 Ziff. 12 der Stadtverfassung kann der Stadtrat endgültig über die Verwendung eines im Voranschlag eingestellten Ratskredites beschliessen. Dieses Recht nahm das Parlament bis 2003 wahr, indem es jährlich einen Betrag von Fr. 1000.00 für eine unterstützungswürdige Organisation oder Persönlichkeit gesprochen hat. Dabei konnten die Stadtratsfraktionen abwechslungsweise beantragen, wem dieser Betrag zugesprochen werden sollte (vgl. die untenstehende Tabelle). Auf dem Hintergrund der ehemals schwierigen Finanzlage der Stadt Langenthal wurde der Ratskredit seit 2004 nicht mehr vergeben. Diese Ausgangslage hat sich in der Zwischenzeit aber verändert, so dass eine Wiedereinführung des Ratskredites vertretbar erscheint.

Mit einem jährlich wiederkehrenden Ratskredit würden der Stadtrat bzw. dessen Fraktionen die Möglichkeit erhalten, sich in eigener Kompetenz gegenüber unterstützungswürdigen Institutionen oder Personen erkenntlich zu zeigen. Der Ratskredit würde ein nach aussen hin wahrnehmbares Zeichen der Anerkennung des Stadtrates darstellen.

Der vorliegende Antrag soll bewirken, dass im Grundsatz über die Wiedereinführung der Tradition des Ratskredites diskutiert wird. Im Anschluss an einen allenfalls positiven Grundsatzbeschluss des Stadtrates könnte das Büro des Stadtrates einen Vorschlag ausarbeiten, welcher den Zeitpunkt der Wiedereinführung und die Höhe des Ratskredites sowie die weiteren Modalitäten (z.B. Turnus, Reihenfolge der antragstellenden Fraktionen) beinhaltet.

Jahr	Fraktion	Empfänger/-in
1985	SP	Aktion Schüler-Ferienpass
1986	SVP	Frauenkomitee (zugunsten Asyl Gottesgnad)
1987	FDP	Betagtenhilfe Langenthal
1988	SP	Ferienheim Oberwald, Ludothek
1989	SVP	Haushilfe für Betagte und Behinderte
1990	FDP	Trägerverein für Jugendarbeit
1991	SP	Verein Solidarität Region Oberaargau
1992	SVP	Tageselternverein Langenthal und Umgebung
1993	fola	Lehrerschaft Hard (Gestaltung des Pausenplatzes beim Schulhaus Hard)
1994	FDP	Marfan-Stiftung Schweiz, Langenthal
1995	SP	Kleintheater Langenthal
1996	SVP	Verein Freunde der Kadettenmusik Langenthal
1997	FDP/jll	Projekt zur Schaffung eines Oberaargauer Jugendparlamentes (jpo)
1998	SP/FL	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk Langenthal (SAH)
1999	SVP/EVP	Lydia Moser-Schenk (Witwe des ermordeten Securitas-Wächters)



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

2000	FDP/jll	Kinderkrippe Langenthal
2001	SP/GFL	Schlossküche Aarwangen (Weihnachtsfeier für Einsame und Alleinstehende)
2002	EVP	Fachstelle für Suchtprävention „Talk about“
2003	SVP	Zauberlaterne Langenthal

Daniel Steiner

Die Beantwortung des Antrages wird durch das Büro des Stadtrates vorbereitet.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009

24. In eigener Sache

Stadtratspräsident Daniel Rügger informiert über den Rücktritt von Urs Masshardt als Mitglied des Stadtrates. Stadtrat Urs Masshardt, der seine Demission bereits im Traktandum Nr. 3 angekündigt habe, habe dem Gemeinderat heute folgendes Schreiben übergeben:

Urs Masshardt
Sichelweg 18
4900 Langenthal

An den Gemeinderat
der Stadt Langenthal

Luzern, 29. Juni 2009

Demission

Sehr geehrter Stadtratspräsident
Sehr geehrte Kolleg:innen des Gemeinderates

Hiermit reiche ich meine Demission ein. Dies nachdem sich meine liebe Frau und ich entschieden haben, aus beruflichen Gründen unseren Wohnsitz nach Nottwil am Sempachersee zu verlegen.

Vor nun mehr als 20 Jahren zogen wir, ursprünglich aus dem Kanton Luzern kommend, nach Langenthal. Zwei Jahrzehnte die uns vorwiegend in positiver Erinnerung bleiben, uns auch geprägt haben. Ich gehe davon aus, dass das politische Engagement meinerseits eine gewisse Nachhaltigkeit gezeichnet hat. Auf jeden Fall werden meine Frau und ich die politischen Geschehnisse des Kantons Bern mit besonderem Augenmerk weiterhin verfolgen, und wir freuen uns über die O-Ton Berichterstattung unserer Tochter Nadine aus Stadt- respektive Grossrat.

Ich bedanke mich bei all denen die mich aktiv unterstützt haben, ich bedanke mich auch für die vielen guten, manchmal auch kontrovers geführten Diskussionen.

Das Wohl unserer Bevölkerung, und die damit implizit verbundenen sozialpolitischen Grundsätze waren mir stets ein grosses Anliegen.

Mit kollegialen Grüessen

Urs Masshardt

Mit den besten Wünschen für die berufliche und private Zukunft am Sempachersee in Nottwil und unter bester Verdankung für das grosse Engagement als Mitglied in verschiedenen Gremien werde der Abgang von Stadtrat Urs Masshardt mit Bedauern zur Kenntnis genommen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-